

# DAS PARLAMENT

Nr. 16-19 | Berlin, 12. April 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



## Geschafft!

Die Spitzen von CDU, CSU und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt

**SEITE 12**

© picture-alliance/picture alliance/dpa / Kay Nietfeld

### KOPF DER WOCHE

#### Vereint gegen Trump

**Lars-Frederik Nielsen** Der 33-Jährige ist grönländischer Badminton-Meister von 2012 – und seit Montag jüngster Regierungschef in der Geschichte der



Arktis-Insel. Bei der Parlamentswahl im März hatte seine Partei, die Demokraatit, ihren Anteil verdreifacht, woraufhin Nielsen eine nie dagewesene Vier-Parteien-Koalition schmiedete. Ziel: Möglichst breit aufgestellt sein gegen US-Präsident Donald Trump, der Grönland annekieren möchte. In der konstituierenden Sitzung des Parlaments wandte sich der frisch gewählte Regierungschef mit einer klaren Botschaft an den Widersacher im Weißen Haus: „Wir wollen Grönländer sein, und wir werden dieser Krise die Stirn bieten.“ Nielsen, Sohn einer grönländischen Mutter und eines dänischen Vaters, strebt, wie die meisten Abgeordneten, auch die Unabhängigkeit des selbstverwalteten Grönlands von Dänemark an. **joh**

### ZAHL DER WOCHE

# 14,33

Millionen Quadratkilometer umfasste Ende März laut Nasa die Fläche des arktischen Meereises – ein historischer Tiefstand.

### ZITAT DER WOCHE

»Grönland gehört den Grönländern.«

Die dänische Regierungschefin **Mette Frederiksen** Anfang April bei ihrem Besuch in Grönland. Dabei sicherte sie dem Land die Unterstützung Dänemarks zu.

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
34123 Kassel



### Antarktis und Arktis

## Der Kampf um die Pole

Das schwindende Eis weckt den Wunsch nach kommerzieller Nutzung - und schürt Konflikte im Ringen um Einfluss

**F**aszinierende Tierarten wie Eisbären in der Arktis, Pinguine am Südpol, Naturspektakel wie Polarlichter und die Mitternachts- und schimmernde Eisberge – immer schon haben die Polarregionen die Menschen in ihren Bann geschlagen. Nicht wenige haben ihr Leben riskiert, nicht wenige es auch verloren – etwa beim Versuch, als erster den Nord- oder Südpol zu erreichen, oder eine arktische Nordost- oder Nordwestpassage vom Atlantik in den Pazifik zu finden.

#### Extreme Bedingungen prägen das Leben in Polnähe

Die Lebensbedingungen in Polnähe sind extrem unwirtlich: Der Winter ist von Dunkelheit und Temperaturen bis zu minus 70 Grad Celsius geprägt. Anders als in der unbewohnten Antarktis leben im Nordpolargebiet rund vier Millionen Menschen, die den Extrembedingungen trotzen. Dazu gehören rund 400.000 Indigene, deren Vorfahren schon vor Jahrtausenden nördlich des Polarkreises siedelten. Viele von ihnen versuchen, ihre Traditionen zu bewahren. Jagd, Fischerei und Rentierzucht sind Teil ihrer sozialen und kulturellen Identität und ihres Lebensunterhaltes. Ihre Geschichten und Lebensweisen sind Ausweis der erstaunlichen Anpassungsfähigkeit des Menschen an extreme Bedingungen. Doch schwindendes Meereis, tauender Permafrostboden und immer neue Temperaturrekorde machen ih-

nen das Leben schwer. Nirgendwo sonst erwärmt sich die Erde schneller als hier: So lag die globale Jahres-Durchschnittstemperatur im Jahr 2024 rund 1,5 Grad Celsius über der des vorindustriellen Zeitraums. Die Arktis-Region erwärmt sich allerdings viermal schneller als der Rest des Planeten. „Das Wissen um die Rolle und Veränderung dieser Regionen ist Überlebenswissen“, sagt Antje Boetius vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung. „Denn sie sind ein wichtiger Faktor für die Stabilität von Klima und Meeresspiegel auf der ganzen Welt“ (siehe Interview Seite 7) Wo Eis und Kälte schwinden, öffnen sich neue Schifffahrtswege. Bisher unberührte Rohstofflagerstätten wecken Begehrlichkeiten.

#### Unter dem Eis werden große Mengen an Rohstoffen vermutet

Die „World Ocean Review“-Ausgabe des Jahres 2019 berichtet über Schätzungen, wonach allein 22 Prozent der bislang unentdeckten Erdöl- und Erdgasvorkommen der Welt nördlich des arktischen Polarkreises lagern. Darüber hinaus werden in der Region große Mengen an Kohle, Eisenerz, Seltenen Erden und anderen mineralischen Rohstoffen vermutet. Mit fortschreitendem Klimawandel wuchs das internationale Interesse, die Arktis und Antarktis zu erkunden und auf vielfältige Weise kommerziell zu nutzen. Dem setzt der Antarktisvertrag bisher enge Grenzen. Der Vertrag aus dem Jahr 1959 sieht vor, die

Antarktis als die einzige Region der Welt zu erhalten, die der friedlichen Kooperation und Forschung gewidmet ist. Der Antarktisvertrag und die dazugehörigen Umweltschutzabkommen beschränken die Nutzung auf die Forschung, eine nachhaltige Fischerei und den Tourismus. In der Arktis dagegen liegen die Dinge anders: Hier ist die Verwaltung Sache der einzelnen Anrainerstaaten, die die Leitlinien ihrer Politik seit 1996 im Arktischen Rat abstimmen. Lange regierten auch hier Kooperation und Kompromissbereitschaft, doch angesichts der Entwicklung wurden die Rufe nach einer kommerziellen Nutzung lauter, die Rivalitäten nahmen zu. So wurde die Region in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein geopolitisches Spannungsfeld, in dem politische, wirtschaftliche und militärische Interessen der großen Mächte aufeinanderprallen und die Zukunft der Region maßgeblich beeinflussen.

#### Die Militarisierung der Arktis schreitet voran

Russland baut seit geraumer Zeit seine militärische Präsenz im hohen Norden aus. So hat es unmittelbar an Norwegens Grenze auf der Kola-Halbinsel, seine Nordflotte stationiert, inklusive strategischer Atom-U-Boote. Und erst vor wenigen Tagen kündigte der russische Präsident Wladimir Putin an, mehr Soldaten in die Arktis zu entsenden. Ein weiterer Faktor in der Region ist China, das eine ambitionierte Politik

als selbsternannte „polare Großmacht“ betreibt. Präsident Xi Jinping geht es dabei unter anderem darum, Transportwege zu diversifizieren und über eine Ausweichroute zum ägyptischen Suezkanal zu verfügen. Die Sorge ist nicht gering, dass eine Zusammenarbeit Chinas und Russlands in der nördlichen Seeroute darauf hinauslaufen könnte, dass beide Staaten kontrollieren, wer die arktische Route künftig benutzen darf.

#### US-Präsident Trump will Grönland in die USA eingliedern

Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen des US-Präsidenten Donald Trump zu sehen, er wolle Grönland kaufen und in die USA eingliedern. Nicht nur der Rohstoffreichtum der Insel ist für die USA von großer strategischer Bedeutung, sondern auch ihre Lage: Die Vereinigten Staaten unterhalten dort einen Luftwaffenstützpunkt mit einem Frühwarnsystem für ballistische Raketenstarts anderer Länder, da der kürzeste Weg von Europa nach Nordamerika über Grönland führt. Wenn Trump aber suggeriere, die USA hätten ohne Grönland ein Sicherheitsproblem, dann solle das „eine völkerrechtswidrige Annexion legitim erscheinen lassen“, sagt der Arktis-Experte Michael Paul von der Stiftung Wissenschaft und Politik, im Interview (siehe Seite 2.). Dabei sei das unnötig, denn Grönland habe den USA schon 1951 weitgehende Rechte auf seinem Territorium eingeräumt. **Michael Schmidt**

INTERVIEW MIT DEM ARKTIS-EXPERTEN MICHAEL PAUL

# »Eskalation nicht auszuschließen«

Trump will Grönland, Russland rüstet auf und China zeigt mit Eisbrechern Präsenz – die Arktis wird zusehends zum geopolitischen Hotspot. Warum das so ist und welche Folgen die Entwicklung nicht nur für die Region hat, erklärt der Politikwissenschaftler Michael Paul im Interview

**Herr Paul, seit US-Präsident Donald Trump wieder im Amt ist, hat er Grönland im Visier: Immer wieder droht er die offiziell zum Königreich Dänemark gehörende Arktisinsel zu annektieren – sogar einen Militäreinsatz schließt er nicht aus. Das empört, aber überraschend kommt sein Grönland-Interesse nicht, oder?**

Nein, Trump tritt damit in die Fußstapfen vieler Präsidenten vor ihm, die Grönland erwerben wollten, immer aus denselben Gründen...

**...und die wären? Was macht Grönland für die USA so interessant?**

Die geostrategische Lage und die Ressourcen. Schon seit dem 19. Jahrhundert, seit sie Alaska im Jahr 1867 vom russischen Zarenreich gekauft haben, gibt es in den USA Bestrebungen, auch Grönland zu kaufen. Von den Gold- und Erdölvorkommen, die man später entdeckte, ahnte man zu dieser Zeit nichts. Vielmehr hatten die jungen Vereinigten Staaten von Amerika damals schon einen geopolitischen Ansatz, den ganzen amerikanischen Kontinent zu dominieren, inklusive dem späteren Kanada. Grönland, das zeigt der bloße Blick auf die Landkarte, galt als Bastion vor dem amerikanischen Kontinent.

**Schauen wir auf die Ressourcen, die Begehrlichkeiten wecken: Grönland soll über ein großes Potenzial an kritischen Rohstoffen verfügen.**

Genau. Dort finden sich eine Vielzahl von Rohstoffen, die die EU-Kommission als kritische Rohstoffe eingestuft hat, darunter Seltene Erden, Gold, Platin und Lithium.

**Durch den Klimawandel und das tauende Eis werden die Lagerstätten von Rohstoffen zugänglich: Aber leicht zu gewinnen sind sie trotzdem nicht. Experten stellen die Sinnhaftigkeit des Abbaus dort grundsätzlich in Frage. Welche Schwierigkeiten stellen sich?**

Das erste Problem ist augenfällig: Grönland ist eine Insel, und noch dazu ohne Infrastruktur: Es gibt weder Fernstraßen noch Eisenbahnverbindungen. Der einzige Industriehafen befindet sich in Nuuk. Um Rohstoffe abbauen zu können, müssen also zunächst Häfen und Verkehrswege gebaut werden. Noch dazu Unterkünfte für die Facharbeitskräfte, die es ebenfalls nicht in genügender Anzahl gibt. Das heißt: Sie müssen von außen angeworben und versorgt werden. Das alles ist sehr aufwändig und teuer.

**Besonders unter den herrschenden Klimabedingungen...**

Ja, die Klimabedingungen sind extrem: Die Temperaturen fallen zeitweise auf 40 Grad unter null. Bis zu 90 Tage, von November bis Februar, gibt es kein Tageslicht. Das sind Bedingungen, unter denen sich nicht oder nur sehr schwer arbeiten lässt. Ein riesiges Problem ist auch das schmelzende Eis.

**Aber ermöglicht das schmelzende Eis nicht erst, an die Rohstoffe zu gelangen?**

Schon, aber wenn man die dafür nötige Infrastruktur auf Permafrostböden baut, läuft man Gefahr, dass sie bei steigenden Temperaturen auftauen und nachgeben. Genau das lässt sich bereits an der russischen Küste beobachten, wo zu Sowjetzeiten große Städte auf Permafrostboden gebaut wurden. Dort sacken Straßen ab, Häuser drohen einzustürzen

**Trumps Grönlandfantasien lenken die Aufmerksamkeit auf einen**



© Tobias Köhler/Photothek

**geopolitischen Hotspot: die Arktis. Nicht nur die USA, sondern auch Russland und andere Anrainer erheben Ansprüche. Der Wettlauf um Bodenschätze und strategische Schifffahrtswege ist in vollem Gange. Wie ist die rechtliche Situation – wem gehört der Nordpol?**

Grundsätzlich erst einmal niemanden. Am Nordpol gibt es kein Land, nur Eis auf hoher See. Anders als für die Antarktis gibt es für die Nutzung der Arktis keinen völkerrechtlichen Vertrag. Stattdessen greift das Seerechtsübereinkommen von 1982. Es

» Es geht um Rohstoffe und die Kontrolle über strategisch wichtige Seewege.

MICHAEL PAUL

regelt unter anderem die Abgrenzung der verschiedenen Meereszonen, die Nutzung etwa durch Schifffahrt und Fischerei und auch den Meeresbodenbergbau. Die Festlandsockelkommission der Vereinten Nationen, die Ansprüche auf den Meeresboden zu prüfen hat, arbeitet aber sehr langsam. Erst kürzlich wurden die von Russland bereits im Jahr 2001 erhobenen Ansprüche behandelt. Von einem Wettlauf zu sprechen, ist übertrieben. Es können noch viele Jahre vergehen, bis die Frage geklärt ist.

**Im Streit der Arktis-Anrainerstaaten Russland, Kanada und Dänemark geht es um die Reichweite des jeweiligen Festlandsockels. Warum ist das relevant?**

Nach dem Seerechtsübereinkommen dürfen Staaten innerhalb von 200 Seemeilen vor ihrer Küste allein fischen und nach Rohstoffen bohren.

Wenn ein Staat beweisen kann, dass sein Festland unter Wasser über diese 200 Meilen hinausgeht, kann er diese Gebiete zusätzlich beanspruchen. Russland behauptet, der sogenannte Lomonossow-Rücken, ein Gebirge am Meeresboden im Bereich des Nordpols, sei mit seinem Festlandsockel verbunden. Kanada ist überzeugt, das Unterwassergebirge gehöre zu Nordamerika. Dänemark meint hingegen, es sei die Verlängerung Grönlands. Alle wollen so ihre Claims für Tiefseebergbau sichern. Neben Öl und Gas haben sie es vor allem auf polymetallische Knollen abgesehen, die Mangan, Kupfer, Nickel und Kobalt enthalten.

**Obwohl kein direkter Anrainer, zeigte auch China zuletzt deutlich seine Ambitionen in der Arktis. Im letzten Jahr demonstrierte es mit drei Eisbrechern seine Präsenz. Worum geht es der Volksrepublik?**

China hat als eine aufsteigende Weltmacht erkannt, dass es sich nur als solche etablieren kann, wenn es die Weltmeere kontrollieren kann. Deshalb hat es die inzwischen größte Flotte der Welt und versucht, auf den wichtigsten Seewegen präsent zu sein. Die Passagen durch die Arktis spielen eine besondere Rolle, weil sie Asien und Europa auf kürzere Weise verbinden können als die üblichen Routen. Das Nordpolarmeer gilt als dritter Korridor der Seidenstraße.

**Wie arrangiert sich Russland mit den chinesischen Ambitionen? Es nimmt bislang eine Vormachtstellung in der Arktis ein...**

Russland verfügt in der Arktis über den größten Anteil an Territorium – und Bodenschätzen. Etwa 90 Prozent des russischen Gases und 60 Prozent des Erdöls werden dort produziert. Die Arktis ist also von elementarer geopolitischer Bedeutung

für Russland und seine Rolle als Großmacht. Kooperationen mit China, wie es sie inzwischen im Militärbereich oder in der Nördlichen Seeroute eingegangen ist, wären noch vor fünf Jahren undenkbar gewesen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland jedoch geschwächt; Nutznießer ist China.

**Die USA reagieren gereizt auf die arktischen Ambitionen Chinas. Jahrzehntlang jedoch haben sie sich selbst wenig für die Arktis interessiert – und wenig investiert. Wie steht es um die „starke arktische Sicherheitspräsenz“, die Präsident Trump während seiner ersten Amtszeit angekündigt hat, um US-Interessen und natürliche Ressourcen schützen?**

Die USA waren lange eine widerwillige Arktismacht. Erst das klimabedingte Abschmelzen des Meereseises, die Öffnung der arktischen Seewege und die sich verschärfende Rivalität zwischen den Großmächten haben die Wahrnehmung des Nordpolargebietes verändert. Der frühere US-Außenminister Mike Pompeo sprach 2019 von einer „Arena“ im Kampf um Macht und Einfluss. Die Eisbrecher, die Trump für eine starke arktische Sicherheitspräsenz 2020 angekündigt hat, lassen dennoch auf sich warten. Aktuell haben die USA nur einen einzigen Eisbrecher im Einsatz. Russland hat 40 solcher Schiffe. Sie sind nötig, um eine ständige Präsenz in der Arktis zu gewährleisten.

**Russland hat in der Arktis massiv aufgerüstet. Hunderte Militärbasen wurden seit 2007 auf- und ausgebaut, Mittelstreckenraketen und Kampfflugzeugen stationiert, die bis Grönland und Alaska reichen. Ist es vor diesem Hintergrund nicht in gewisser Weise nachvollziehbar, dass Donald Trump meint, die USA**

**bräuchten Grönland für ihre nationale Sicherheit?**

Nein. Das US-Militär unterhält hier bereits seit 1951 mit der Thule Air Base (heute Pituffik Space Base) einen Stützpunkt, der tatsächlich äußerst wichtig für die Vereinigten Staaten ist. Von der Satellitenbodenstation aus werden Raketenstarts anderer Länder erfasst, auch Russland, der Nahe Osten und der Weltraum werden überwacht. Wenn Donald Trump nun aber sicherheitspolitische Gründe für eine Übernahme Grönlands ins Feld führt, dann ist das nichts anderes als eine Versicherunglichung.

**Das bedeutet?**

Dass Trump suggeriert, die USA hätten ohne Grönland ein Sicherheitsproblem, soll eine völkerrechtswidrige Annexion legitim erscheinen lassen. Dabei ist das unsinnig und unnötig: Weder ist Grönland bedroht, noch geht von Grönland eine Bedrohung aus. Zudem räumt ein Abkommen mit Dänemark, das Grönland 2004 auch unterschrieben hat, den Amerikanern bereits seit 1951 sehr weitgehende Rechte ein. De facto können sie das grönländische Territorium schon heute zur eigenen Verteidigung nutzen, wie sie wollen.

**Die europäischen Arktisanrainerstaaten haben seit Russlands Überfall auf die Ukraine 2022 massiv ihre Verteidigungsausgaben erhöht, die Nato hält Manöver in der Arktis ab: Wie groß ist das Risiko, dass die Auseinandersetzungen eskalieren? Auslöser könnte Spitzbergen sein: Experten meinen, die zu Norwegen gehörende arktische Inselgruppe könnte zum Testfall für die Nato-Beistandspflicht werden.**

Ja, die Insel gilt als Achillesferse der Nato. Die jüngst erhobenen Ansprüche Russlands auf den Archipel sind jedoch vor allem eins: eine Provokation. Russland kann sich im Augenblick kein weiteres Schlachtfeld leisten. Dennoch lässt sich eine Eskalation langfristig nicht ausschließen – die Arktis ist für Russland zu wichtig, als dass es zum Beispiel akzeptieren würden, wenn die USA Grönland annektierten. Das würde Russland als Bedrohung sehen. Ein Grund, weshalb die Grönländer einen Rüstungswettlauf vermeiden wollen.

**Die Arktis galt seit dem Ende des Kalten Krieges als Oase des Friedens und der internationalen Kooperation. Seit dem Beginn des Ukrainekrieges liegt die Zusammenarbeit im Arktischen Rat, in dem alle acht Arktis-Anrainer vertreten sind, aber mit Russland brach. Sehen Sie Chancen, zur Kooperation zurückzukehren?**

Aufgrund der extremen Bedingungen ist die Arktis ein Ort, der eigentlich Zusammenarbeit erfordert. Anknüpfungspunkte finden sich eine ganze Reihe etwa im Bereich der künftigen Schifffahrt. Doch jeder Versuch mit Russland zu kooperieren ist sinnlos, bevor nicht der Krieg beendet ist. Für die Amerikaner und die Europäer hingegen bietet die unsicherer gewordene Nordflanke der Nato neue Chancen: Beide Seiten sind interessiert, die Region konfliktfrei zu halten – die Möglichkeit zur Wiederannäherung, selbst unter Trump.

Das Interview führte Sandra Schmid. |

Michael Paul ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Der promovierte Politikwissenschaftler publiziert schwerpunktmäßig zu Fragen der internationalen Sicherheit, unter anderem mit Blick auf die Arktis.



Elisabeth Rapp führt regelmäßig Touristen mit dem Rentierschlitten durch tief verschneite Landschaften.

© Elisabeth Rapp

## Identität zwischen Tradition und Moderne

# Jung, weiblich, samisch

Elisabeth Rapp studiert Jura in Oslo, doch ihre Wurzeln liegen weit im Norden – bei den Sámi

Auf den ersten Blick zeigt das Instagram-Profil von Elisabeth Rapp Fotos einer typischen jungen Norwegerin: Eine Jura-Studentin, die in Oslo lebt und in ihrer Freizeit mit Freundinnen durch die Berge wandert oder an einem Wasserfall picknickt. Doch wer weiter scrollt, entdeckt noch eine andere Seite: Auf einem Bild trägt sie einen Mantel aus Rentierfell, der von einem breiten Ledergürtel mit Knöpfen aus Rentiergeweih zusammengehalten wird. Ein wollener Schal in Blau, Rot, Gelb und Grün – den Farben der samischen Flagge – liegt über ihren Schultern. Denn Rapp ist eine Sámi. Aufgewachsen in der Nähe von Tromsø, etwa 350 Kilometer nördlich des Polarkreises, gehört sie dem einzigen offiziell von Skandinavien und Russland anerkannten indigenen Volk Europas an.

Über Jahrtausende lebten die Sámi im hohen Norden Skandinaviens und Russlands. Einige waren als Fischer oder Kleinbauern in Küstengemeinden sesshaft, andere zogen als Rentierzüchter über weite Strecken. Mit der Einführung fester Staatsgrenzen im 18. Jahrhundert änderte sich diese Lebensweise: Wanderrouten, die bislang länderübergreifend verliefen, wurden unterbrochen, Herden mussten sich nationalen Territorien unterordnen.

### Tradition für Touristen: Rentierzucht als gelebtes Erbe

„Wie viele Sámi es heute gibt, lässt sich kaum sagen“, berichtet Rapp. Schätzungen gehen von etwa 80.000 Menschen weltweit aus, wobei rund die Hälfte in Norwegen lebt. Nur noch wenige von ihnen sind in der Rentierzucht aktiv. Das Foto auf Rapps Instagram-Profil wurde auf einer dieser wenigen Rentierfarmen aufgenommen. Schon als Jugendliche half sie dort aus und kehrt immer wieder zurück, wenn es ihr Studium erlaubt. Wie viele Rentiere die Betreiber der Farm besitzen, bleibt ein gut gehütetes Geheimnis, sagt Rapp schmunzelnd. Denn: „Das wäre so, als würde man sein Bankkonto öffentlich machen.“

Wenn die junge Frau auf der Farm ist, wird sie zur Vermittlerin zwischen zwei Welten. Sie führt Touristen mit Rentierschlitten durch tief verschneite Landschaften oder erzählt im traditionellen Lávvu – einem Zelt der Sámi – von der Kultur und Geschichte ihres Volkes. Und räumt mit Vorurteilen auf: „Manche Besucher glauben, wir leben noch immer in Zelten und seien nicht in die Gesellschaft integriert“, sagt sie.

### Sámi-Erzählungen von Polarlichtern und Wassermonstern

Tatsächlich aber leben Sámi heute in allen Teilen Norwegens und arbeiten in verschiedensten Berufen: „Wir sind ganz normale Menschen.“ Die Sámi haben sich an das moderne Leben angepasst: „Einige nutzen zum Beispiel Schneemobile und Helikopter, um ihre Rentierherden zu beobachten“, berichtet Rapp. Manchmal spricht sie mit Touristen auch über ihre Kindheit im hohen Norden, die vor allem eines bedeutete: Freiheit. „Wir Kinder durften allein in der Natur unterwegs sein und lernten früh, uns dort zu rechtzufinden“, sagt sie. Ihr Vater nutzte alte Sámi-Erzählungen, um sie zu lehren, sich richtig zu verhalten. So erzählte er von Wassermonstern, um die Kinder von gefährlichen Ufern fernzuhalten, oder von den Polarlichtern. „Man sagte uns, wenn wir ihnen zuwinken, kommen sie und holen uns“, erinnert sich Rapp. Vielleicht nur eine schaurige Geschichte, um Kinder davon abzuhalten, nachts allein unterwegs zu sein, überlegt sie. Es gibt aber auch eine weniger gruselige Erzählung: „Viele Sámi glauben, dass die Nordlichter die Geister ihrer Vorfahren sind, die über sie wachen.“

Mit ihren Eltern hat Rapp immer Norwegisch gesprochen. Samisch lernte sie erst später in der Schule – eine Möglichkeit, die früher nicht selbstverständlich war: Bis in die 1980er Jahre verfolgte Norwegen eine Assimilationspolitik, die darauf abzielte, indigene Identitäten zu unterdrücken. Sámi sollten ihre Sprache nicht sprechen und ihre Bräuche nicht weiter-

geben. Dies änderte sich erst 1997, als sich der norwegische König offiziell bei den Indigenen entschuldigte. Im Dezember des vergangenen Jahres folgte das norwegische Parlament mit einer formellen Entschuldigung und kündigte weitere Reformen an, die den Schutz der samischen Sprache und Traditionen stärken sollen.

Doch auch heute sei die samische Lebensweise bedroht – etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien, befindet Rapp. Die Jura-Studentin verweist auf den Fosen-Fall: Auf der Halbinsel Fosen, einem seit Jahrhunderten genutzten Weidegebiet der Sámi, wurden 2020 trotz massiven Protests der Indigenen 151 Windräder errichtet. Rapp kritisiert: „Ich verstehe, dass die Regierung in erneuerbare Energien investieren will, aber dies sollte auf eine Weise geschehen, die nicht auf Kosten der samischen Kultur und der Lebensgrundlagen geht.“

### Grüner Strom bedroht die samischen Rentierherden

2021 erklärte das oberste norwegische Gericht den Bau schließlich für rechtswidrig, weil er die kulturellen Rechte der Sámi verletzt. Doch die Anlagen stehen weiterhin. Aus Protest besetzten Aktivisten, darunter viele von Rapps Freundinnen, das norwegische Energieministerium. Am Ende einigte sich die Regierung mit den Sámi: Die Betreiber des Windparks müssen den Züchtern jährlich sieben Millionen norwegische Kronen (etwa 600.000 Euro) zahlen und Ersatzweideflächen bereitstellen.

Trotz des Konflikts habe der Fall auch positive Seiten, sagt Rapp: Er hat die Aufmerksamkeit auf die Sámi und ihre Rechte gelenkt – eine Entwicklung, die besonders junge Menschen dazu ermutigt, sich intensiv mit ihrer Geschichte und Identität auseinanderzusetzen. Wie sich die samische Identität über die Jahre verändert hat? Rapp überlegt einen Moment und sagt dann: „Meine Generation ist wieder stolzer, Sámi zu sein. Wir holen uns unsere Kultur zurück.“

Carolyn Hasse

## Leben unter extremen Bedingungen

# Als Arzt in der Antarktis

Tim Heitland überwinterte auf einer deutschen Forschungsstation nahe des Südpols – 14 Monate lang

An intensive Farben denken wohl die wenigsten, wenn sie sich die Antarktis vorstellen – eher an eine monochrome Landschaft aus Schnee und Eis, das blendende Weiß der Flächen, das kalte Blau der Eisberge und das trübe Grau der Schneestürme. Doch Tim Heitland sieht mehr. Für ihn ist der entlegene Kontinent eine riesige Leinwand, auf der die Natur ihre Bilder malt – in feuerroten Sonnenuntergängen, in tanzenden grünen und roten Polarlichtern und in einer Milchstraße, die sich majestätisch über den Horizont spannt. Und Heitland muss es wissen: Der 49-jährige Arzt hat bereits mehrere Expeditionen in die Antarktis unternommen, mittlerweile fast zwei Jahre dort verbracht und die Region in all ihren Facetten kennengelernt.

Noch vor zehn Jahren war Heitland als Oberarzt für Chirurgie und Viszeralchirurgie in München tätig. Schichtdienste, anspruchsvolle Operationen und der Takt des Krankenhauses waren sein Alltag. Doch er suchte eine neue Herausforderung: „Ich bin schon immer gern gereist und suchte einen Kontrast zum Klinikleben“, sagt er. 2016 wagt der Arzt dann den Schritt ins Unbekannte: als Stationsleiter und Arzt der Neumayer-Station III, der modernsten deutschen Forschungsstation in der Antarktis. Vierzehn Monate bleibt er dort, acht davon abgeschottet von der Außenwelt – ohne den Besuch eines einzigen Schiffes oder Flugzeugs. Nur die Station und elf weitere Expeditionsmitglieder.

### Forschen am anderen Ende der Welt auf der Neumayer-Station III

Seit 1981 betreibt Deutschland eine Überwinterungsstation in der Antarktis. Die heutige, hochmoderne Neumayer-Station III wurde 2009 errichtet und steht unter der Leitung des Alfred-Wegener-Instituts. Dort sammeln Wissenschaftler langfristige Klimadaten, erforschen Umweltveränderungen – und, in Heitlands Fall, auch den Menschen selbst. Denn die extreme Isolation des Kontinents macht ihn zu einem idealen Modell für die Forschung in der Raumfahrtmedizin. Wie verändert sich der Mensch, wenn er monatelang von der Außenwelt abgeschnitten ist? Welche Spuren hinterlassen Kälte und Dunkelheit – physisch wie psychisch? Die Bedingungen rund um die Station sind extrem: Im Polarwinter können die Temperaturen auf bis zu minus 50 Grad Celsius sinken, während Stürme mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 200 Kilometern pro Stunde über das Eis fegen. Acht Wochen lang, während der Polarnacht, herrscht völlige Dunkelheit, nur die Sterne und das Leuchten der Polarlichter durchbrechen die Finsternis als natürliche Lichtquelle.

Wenn der antarktische Sommer beginnt, erwacht das Leben auf der Neumayer-Station. Dann sind nicht mehr nur die Überwinterer dort. Bis zu fünfzig Wissenschaftler reisen an, die auf der Station forschen, leben – und medizinisch betreut werden müssen. Für den Stationsarzt bedeutet das: Er ist allein verantwortlich, ganz gleich, ob es um Infekte geht oder um ernste Notfälle. Heitland war sich dieser Verantwortung bewusst und bereitete sich entsprechend vor. Der erfahrene Chirurg drückte noch einmal die Schulbank, absolvierte unter anderem einen dreiwöchigen Intensivkurs in Zahnmedizin. „Ich muss dort alles können“, sagt er nüchtern. „Schließlich kann ich in der Antarktis niemanden überweisen.“

### So meistern Wissenschaftler das Leben in der Antarktis

Sind dennoch kompliziertere Eingriffe nötig, ist der Arzt am Ende der Welt aber nicht ganz auf sich allein gestellt. Über eine Videoverbindung steht ihm ein Netzwerk aus Spezialisten zur Seite – Fachärzte des Klinikums Bremerhaven-Reinkehde können ihn per Telemedizin beraten, schauen mit auf Röntgenbilder, wägen gemeinsam ab und geben Anleitung, wenn nötig. Doch all das ist nur der Plan B. Damit es gar nicht erst so weit kommt, werden die Expeditionsteilnehmer vor der Abreise gründlich durchgecheckt – wortwörtlich auf Herz und Nieren überprüft.

Nicht nur medizinisch ist eine gründliche Vorbereitung nötig, auch als Team müssen die Überwinterer funktionieren. Noch vor dem Abflug lebt das neunköpfige Kernteam vier Monate in Deutschland zusammen. In dieser Zeit trainieren sie Notfallszenarien, üben Rettungstechniken in Gletscherspalten oder proben, wie Brände auf der Station gelöscht werden. „Überwintern ist Teamsport“, sagt Heitland. Denn in der Isolation der Antarktis reicht Fachwissen allein nicht aus – entscheidend sei, dass man sich aufeinander verlassen kann.

Nach 14 Monaten in der Abgeschiedenheit der Neumayer-Station sei die Rückkehr nach Deutschland nicht ganz einfach, sagt Heitland – Menschenmengen, Straßenlärm, Reizüberflutung. „Aber natürlich freut man sich auf Freunde, Familie – und besonders auf Kirschtomaten.“ Zwar bringt der Forschungseisbrecher Polarstern einmal im Jahr rund 60 Tonnen Vorräte, doch frische Lebensmittel sind schnell aufgebraucht. „In der Antarktis wird die letzte Karotte zelebriert“, berichtet Heitland und lacht. Stören tut ihn das nicht. Schon im November geht es wieder los, die nächste Expedition steht an. Die Antarktis, sagt er, lässt ihn nicht mehr los.

Carolyn Hasse



Der Chirurg Tim Heitland muss auf der deutschen Forschungsstation in der Antarktis im Notfall auch zahnmedizinische Eingriffe beim Expeditionsteam vornehmen können.

© T. Heitland



Grönland ist die größte Insel der Welt und ein autonomes Gebiet innerhalb Dänemarks. Das grönländische Parlament „Inatsisartut“ befindet sich in der Hauptstadt Nuuk.

© picture alliance/TT NY - HETSBYRÅN/Johan Nilsson

Es waren turbulente Wochen auf der größten Insel der Welt. Ein wenige Stunden kurzer Trip nach Grönland von Donald Trump Junior im Januar, eine Blitzvisite von US-Vizepräsident J.D. Vance auf der Pituffik Space Base im Nordwesten der riesigen Insel, Parlamentswahlen Anfang März, und auch Dänemarks Regierungschefin Mette Frederiksen schaute in der vergangenen Woche vorbei. Grönland mit seinen rund 57.000 Einwohnern rückte in den ersten Monaten des Jahres in den Mittelpunkt des Weltinteresses. Der Grund: Kurz nach seinem Amtsantritt im Januar drohte US-Präsident Donald Trump Grönland notfalls sogar mit Gewalt zu übernehmen. „Aus Sicherheitsgründen“, wie er seinen wenig diplomatischen Vorstoß begründete. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, schickte er seinen Sohn für einige Stunden in die grönländische Hauptstadt Nuuk. Doch damit nicht genug: Auch US-Vizepräsident J. D. Vance stattete der Insel einen Besuch ab, um sich „über Grönland und seine Kultur“ zu informieren. Nachdem sowohl die grönländische als auch die dänische Regierung den Besuch kritisiert hatten und sich keine offiziellen Vertreter der Regierung in Nuuk fanden, um Vance und seine Delegation zu treffen, wurde das Besuchsprogramm zusammengestrichen. Nun stand nur noch ein Besuch auf dem hohen Nordwesten gelegenen US-Militär-

» Wir stehen zusammen, wollen über unsere Zukunft selbst entscheiden.

GRÖNLANDS PREMIER JENS-FREDERIK NIELSEN

stützpunkt Pituffik Space Base (früher Thule Air Base) an. In einer Rede an die rund 150 US-Soldaten, die auf dem Stützpunkt stationiert sind, kritisierte Vance Dänemark scharf. Das Land habe „keinen guten Job gemacht“, polterte er. Der Vizepräsident warf Kopenhagen vor, in den vergangenen 20 Jahren nicht genug in die Sicherheit und die Infrastruktur investiert zu haben. Gleichzeitig betonte er zur vorsichtigen Erleichterung in Kopenhagen mehrfach das Selbstbestimmungsrecht Grönlands und schlug damit einen etwas anderen Ton an als sein Chef Trump. Dessen Interesse an Grönland ist nicht neu. Schon während seiner ersten Amtszeit hatte der US-Präsident mit einem Kaufangebot für Schlagzeilen gesorgt.

Zwischen Selbstbestimmung und geopolitischem Druck

# Grönland im Visier

Trumps Annexionsdrohungen empören die Bewohner der Arktisinsel – in Nuuk wächst der Widerstand, in Kopenhagen das Bewusstsein für die fragile Partnerschaft mit der ehemaligen Kolonie

Das ist besonders bemerkenswert, hatten die Vereinigten Staaten doch in der Vergangenheit 17 Militärstützpunkte in Grönland mit mehreren tausend Soldaten. Doch sie entschied sich, ihr Engagement auf der Arktisinsel zu reduzieren. Seitdem betreibt sie nur noch die Pituffik Space Base.

**Fast 90 Prozent der 57.000 Bewohner Grönlands sind Inuit**

Die Annexionspläne von Trump werden sowohl in Kopenhagen als auch in Nuuk aufs Schärfste zurückgewiesen. Alle fünf im grönländischen Parlament vertretenen Parteien veröffentlichten nach den jüngsten Drohungen von Trump eine gemeinsame Erklärung. „Wir, die Parteivorsitzenden aller Parteien, akzeptieren die erneuten Aussagen zur Einverleibung und Kontrolle Grönlands nicht“. Und: „Dieses Verhalten gegenüber Freunden und Verbündeten halten wir als Parteivorsitzende für inakzeptabel“. Obwohl Grönland weitgehend selbstverwaltet ist, gehört es weiterhin zum dänischen Königreich. Seit Jahrzehnten streben die Inuit, die rund 90 Prozent der fast 57.000 Einwohner stellen, nach Unabhängigkeit. Doch bislang scheiterten diese Bestrebungen an der finanziellen Abhängigkeit von Dänemark, das jährlich umgerechnet rund 670 Millionen Euro nach Nuuk überweist. Lange hieß es aus Kopenhagen unmissverständlich: „Wenn ihr unabhängig werden wollt, gibt's kein Geld mehr.“ Eine schwierige Ausgangslage für Grönland, das neben dem Fischfang, der rund 90 Prozent der Exporteinnahmen ausmacht, und Tourismus kaum weitere Einkünfte hat. Denn der Abbau von Rohstoffen gestaltet sich wegen der klimatischen Voraussetzungen und fehlender Infrastruktur als äußerst schwierig. Durch Trumps Übernahmehrohungen sind Kopenhagen und Nuuk wieder ein wenig enger zusammengedrückt. Während ihres Besuchs in Grönland in der vergangenen Woche, beschwor die dänische Premierministerin Mette Frederiksen die Einigkeit zwischen Dänemark und Grönland. „Wir müssen zusammenhalten“, sagte sie. Gleichwohl betonte

sie, dass sie die Entscheidungen der Grönländer respektieren werde. 2009 erhielt Grönland nach jahrzehntelangem Kampf das Recht auf Selbstverwaltung. Nur die Außen- und Verteidigungspolitik wird in Kopenhagen bestimmt. Nachdem die Forderungen der Grönländer nach vollständiger Unabhängigkeit lauter geworden sind und auch den Wahlkampf dominierten, hat die dänische Regierung eine Charmeoffensive gestartet und das Selbstbestimmungsrecht der Grönländer bestätigt. Das sind neue Töne, denn viele Grönländer fühlen sich seit Jahrzehnten von Dänemark gegängelt. „Die Kolonialmacht lässt uns ständig spüren, dass wir von ihr abhängig sind“, sagt ein Demonstrant auf einer Kundgebung während des Wahlkampfs in Nuuk. Und tatsächlich hat Dänemark sein arktisches Gebiet in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt. Wenn US-Präsident Trump behauptet, Dänemark habe zur Verteidigung der Eisinsel zwei Hundeschlitten geschickt, ist das zwar stark übertrieben. Tatsache ist aber, dass Dänemark erst Ende des vergangenen Jahres eine stärkere militärische Präsenz auf Grönland angekündigt hat.

Ein besonders dunkles Kapitel in den grönländisch-dänischen Beziehungen ist der sogenannte Spiralen-Skandal. In den 1960er und 1970er Jahren ließ Dänemark Tausenden grönländischen Frauen und Mädchen teils gegen ihren Willen oder ohne ihr Wissen Spiralen einsetzen. Ziel war eine heimliche Geburtenkontrolle, um die Zahl grönländischer Kinder zu reduzieren und so Kosten für Schulen und Krankenhäuser zu senken. Viele Grönländer und Völkerrechtler sprechen von einem Verbrechen. Im vergangenen Jahr entschuldigte sich die dänische Regierung offiziell. Im Mai soll eine Untersuchungskommission ihren Bericht vorlegen.

**Grönländer demonstrieren gegen Trumps Annexionspläne**

Wenn US-Präsident Donald Trump eines mit seinen imperialistischen Übernahmesträumen geschafft hat, ist es eine neue Einigkeit auf der größten Insel der Welt, Grönland. Wenige Tage nach den Parlamentswahlen auf der Arktis-Insel versammelten sich rund 1.000 Menschen in der Hauptstadt Nuuk, um gegen Trumps Annexionspläne zu demonstrieren. Eine so große Demonstration

hat es in der rund 20.000-Einwohner zählenden Stadt noch nicht gegeben. Auf einmal schien auch das vergessen zu sein, was den Wahlkampf eigentlich dominiert hatte: das deutlich gestörte Verhältnis zum Mutterland Dänemark. Bei den Parlamentswahlen Mitte März ging die sozialliberale Partei Demokratit als Überraschungssieger hervor. Ihr Vorsitzender, der 33-jährige Jens Frederik Nielsen, konnte am Montag seine Koalitionsregierung präsentieren: Fünf der sechs im Parlament vertretenen Parteien stellen die neue Regierung, nur die nationalistische Naleraq, die eine schnelle Loslösung vom Königreich Dänemark fordert, ist nicht in der Regierung vertreten. Dass die grönländische Politik auf eine breite Koalition setzt, ist auch ein Zeichen an die USA. „Wir stehen zusammen, wollen über unsere Zukunft selbst entscheiden“, erklärte Nielsen. Statt einer Annexion hofft man in Nuuk und Kopenhagen auf bilaterale Abkommen mit den USA über weitere Stützpunkte und eine gemeinsame Förderung von Rohstoffen.

Helmut Steuer

Der Autor ist Nordeuropa-Korrespondent des Handelsblattes. ■

Jens-Frederik Nielsen (Mitte) mit Abgeordneten während der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlaments in Nuuk am Montag

© picture alliance/Ritzau Scanpix/Emil Stach freelance



## Bodenschätze

# Das Rennen um Rohstoffe läuft

Arktis und Antarktis sind hart umkämpft, das schmelzende Eis legt begehrte Rohstoffe frei und ermöglicht kürzere Schiffrouten

Unter dem Eis der Arktis und der Antarktis lagern Bodenschätze aller Art. Das ruft nicht nur Anrainerstaaten wie im Falle der Arktis Russland, Dänemark, die USA, Kanada, Norwegen, Finnland, Island und Schweden auf den Plan. Auch China – zwar nur sogenannter Nahanrainer – verfolgt seine Interessen. Das Wettrennen, wer sich die Rohstoffe sichert, hat längst begonnen, nur das Ende ist noch offen. Vor allem die Arktis verfügt über ein erhebliches Rohstoffpotential. Viele Lagerstätten sind teilweise noch nicht erkundet oder wurden aufgrund eines hohen logistischen und damit auch finanziellen Aufwands bislang nicht abgebaut. Doch das Abschmelzen des Meereises erleichtert die Erschließung der Bodenschätze und ermöglicht auch neue, kürzere Schifffahrtsrouten.

Das Umweltbundesamt schreibt, dass etwa 13 Prozent der weltweiten Erdöl- und rund 30 Prozent der weltweiten Erdgasreserven in arktischen Gebieten liegen. Die wichtigsten derzeit bekannten Öl-Lagerstätten befinden sich in der Barentssee, insbesondere vor der russischen Küste und in Gewässern vor Ost-Grönland sowie im Mackenzie-Delta und an der Beaufort-Küste.

## Arktis und Antarktis gehören bislang niemandem

Unglaublich, aber wahr: Weder die Arktis noch die Antarktis gehören derzeit jemandem, weder über noch unter dem Eis. Für die Arktis gilt als rechtliche Grundlage dafür das UN-Seerechtsübereinkommen. Danach ist es den fünf Staaten mit Land innerhalb des Polarkreises – Russland, die USA, Kanada, Dänemark und Norwegen – nur erlaubt, eine 320 Kilometer breite, an ihrem jeweiligen Festland beginnende Wirtschaftszone zu nutzen.

Russland besitzt die mit Abstand längste arktische Grenze aller Anrainerstaaten. Arktis und Subarktis machen ein Fünftel der Festlandfläche Russlands aus. Deshalb betrachtet Russland das Polargebiet als Teil seines Festlandssockels, als ununterbrochene Fortsetzung russischen Land-



Noch braucht es die meiste Zeit des Jahres Eisbrecher, um den Arktischen Ozean für den Schiffsverkehr befahrbar zu machen.

© picture-alliance/dpa/Steffen Trumpl

gebiets unter Wasser. Auch Dänemark und Kanada stellen solche Ansprüche. Der Streit beschäftigt seit Jahren eine UN-Kommission, bislang aber ohne Ergebnisse.

Im Kreml wird angenommen, dass der Festlandssockel fünf Milliarden Tonnen Öl und Gas im Wert von umgerechnet 28 Billionen Euro enthält. Außerdem schlummern dort Vorkommen von Nickel, Kobalt, Gold, Diamanten und Bauxit. Neben Russland hat auch Norwegen bereits mehrere Bohrlizenzen für die nördliche Barentssee erteilt, trotz des empfindlichen maritimen Ökosystems.

Der meistbeachtete Akteur in der Arktis ist derzeit Grönland. Die von Eis bedeckte Insel ist sechsmal so groß wie Deutschland, hat nur 56.000 Einwohner, aber große Mengen an Bodenschätzen. So verfügt die Insel über das weltweit größte Vorkommen an leichten Seltenen Erden. Außerdem lagern in Grönland Niob, Tantal, Gold, Eisen, Platin, Blei und Zink, alles, was für die Digitalindustrie wichtig ist. Diese Bodenschätze und deren geostrategische Bedeutung haben

Chinas Interesse an der Insel geweckt. Der chinesische Energieminister Wan Gang ist dort seit Jahren regelmäßiger Gast. Der Professor für die Entwicklung von Wasserstofftechnologie und elektrische Fahrzeuge war Anfang der 1990er Jahre bei Audi in der Abteilung für Forschung und Entwicklung tätig und vor dem Eintritt in die chinesische Regierung Präsident der Tongji-Universität. Auf Grönland wurde bereits ein chinesisches-australisches Konsortium gegründet, das dort am Abbau von Seltenen Erden und Uran beteiligt ist.

## Machtspiel um Rohstoffe und um neue Wirtschaftsräume

Das starke Arktis-Engagement Chinas beunruhigt die USA. Bereits die Präsidenten Barack Obama und Joe Biden haben den Einfluss der USA in Grönland forciert. Die Pläne Donald Trumps, Dänemark die Insel Grönland abzukaufen oder einfach unter US-Administration zu stellen, rückt die Region nun vollends ins Rampenlicht der Öffentlichkeit.

Das Machtspiel um Rohstoffe und neue Wirtschaftsräume und der Rückzug des arktischen Eises verändert auch die transkontinentale Schifffahrt. Der traditionelle Seeweg von Europa nach Asien durch den Suezkanal beträgt etwa 21.000 Kilometer, der Weg durch die Nordwestpassage dagegen nur 15.900 Kilometer und die Route durch die Nordostpassage lediglich 14.100 Kilometer. Eine Fahrt von Europa in den asiatisch-pazifischen Raum durch den Suezkanal dauert 22 Tage, durch die Arktis sind es nur zehn Tage.

Das Niemandsland Antarktis weckt die gleichen Begehrlichkeiten wie in der Arktis. Auch am Südpol versuchen die USA, China und Russland ihre Interessen durchzusetzen. Dabei galt der Antarktisvertrag von 1959 lange als Konsens. Mitten im Kalten Krieg hatte sich die Staatengemeinschaft darauf geeinigt, den unbewohnten Kontinent zu schützen. In den folgenden Jahrzehnten kamen Übereinkommen zum Schutz lebender Meeresschätze und das Abbauverbot von Bodenschätzen dazu.

In der Antarktis finden sich Lagerstätten von Eisenerz und Kohle. Ihr Abbau ist durch das kilometerdicke Eis noch zu aufwendig. Forscher vermuten Bodenschätze wie Nickel, Kupfer, Platin sowie geringe Mengen Molybdän und Gold. Im Jahr 2048 endet das Umweltschutzprotokoll, das als Ergänzung zum Antarktisvertrag beschlossen wurde.

Vor 1959 hatten Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Neuseeland, Norwegen und Großbritannien Gebietsansprüche gestellt und diese geografisch oder durch Erforschung begründet. Mit dem Antarktisvertrag wurden diese Ansprüche eingefroren, aber nicht aufgehoben. Sollte der Vertrag in Zukunft nicht mehr gelten, ist vorstellbar, dass die Staaten mit Gebietsansprüchen auf diesen beharren oder diese gar ausweiten. Auch die USA, Russland und China erheben eigene Gebietsansprüche in der Antarktis, sehen den Südpol als Zusatzschauplatz der geopolitischen Arena und beabsichtigen, den eigenen Handlungsspielraum so groß wie möglich zu halten. *Nina Jeglinski*

## Arktischer Rat

# Machtkämpfe führen zum Stillstand

Arktis-Anrainerstaaten gründeten das Gremium zum Schutz der Region, doch geopolitische Fragen sorgen für Dauerstreit

Der Arktische Rat gilt auf dem Papier als das wichtigste zwischenstaatliche Gremium der Arktis. Der Verbund soll unter den Staaten, die am Nordpol liegen – Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Russland, USA, Kanada und Dänemark (für Grönland) –, für „vertrauensbildende Zusammenarbeit“ sorgen, heißt es in dem Gründungspapier von 1996. Vertreten sind neben den acht Anrainerstaaten auch indigene Völker der Region. Zudem gibt es zwölf externe, sogenannte Beobachterstaaten, darunter Indien, China und Deutschland. Ziele sollen der Umwelt- und Klimaschutz sowie die nachhaltige Entwicklung der Arktis sein.

Der Zusammenschluss und die Ziele entstanden nicht zufällig. „Seit dem Ende des Kalten Krieges gilt die Arktis als einmaliger Friedenshort“, schreibt der Politikwissenschaftler Lukas Benjamin Wahden in einem Aufsatz der „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Der Untergang der Sowjetunion habe dazu geführt, dass das wirtschaftlich geschwächte Russland

Aktivitäten in der Region einstellte. Die internationale Gemeinschaft habe sich darauf verlassen, dass in der Arktis Vereinbarungen wie das UN-Seerechtsübereinkommen zu Stabilität in der Region führten. „In dieser kooperativen Atmosphäre gedieh die Theorie des ‚arktischen Exceptionalismus‘: Der Norden sei eine Oase der internationalen Kooperation, schreibt Wahden.

## Bis 2013 funktionierte der Rat reibungslos

Bis 2013 funktionierte der Arktische Rat reibungslos. Der Vorsitz wechselt alle zwei Jahre zwischen den ständigen Mitgliedern, aktuell führt Norwegen das Gremium. Damals erhielt China Beobachterstatus und ein Jahr später verkündete Staats- und Parteichef Xi Jinping Chinas Ambition als polare Großmacht. Das Projekt Neue Seidenstraße, mit dem China weltweit Handelswege und die dafür nötige Infrastruktur aufbaut, enthält auch die Arktis, als Seeweg für den interna-

tionalen Handel. Die USA und auch Russland beäugten das Vorgehen Chinas von Anfang an skeptisch. Beim Treffen des Rates 2019 platzte dem damaligen US-Außenminister Mike Pompeo der Kragen, und er warnte China und Russland vor „unbegründeten Ansprüchen und einsei-

tigem Vorgehen in der Region nördlich des Polarkreises“. Das Treffen endete in einem Eklat und erstmals ohne gemeinsame Abschlusserklärung. Der Vorfall machte die Schwächen des Arktischen Rates deutlich. Weder darf in dem Gremium über militärische Fragen beraten werden, noch

kann der Rat verbindliche Beschlüsse verabschieden.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 markierte schließlich einen weiteren Tiefpunkt innerhalb des Gremiums. Die westlichen Mitgliedstaaten des Rates, mittlerweile alles Nato-Mitglieder, brachen die Zusammenarbeit mit Russland ab, so dass es mit dem größten Arktis-Anrainer – Russland gehört etwa die Hälfte des Gebietes – fast zwei Jahre keinen politischen Dialog im Rat mehr gab.

Nach Aussagen des norwegischen Rats-Vorsitzenden Morten Høglund gibt es mittlerweile aber wieder Gespräche auf diplomatischer Ebene, und einige Arbeitsgruppen sind wieder aktiv.

Auch Russlands Präsident Wladimir Putin sendete kürzlich Signale an die Arktis-Anrainer. Auf einer Konferenz in Murmansk warb er Ende März um strategische Partner und Wege, um China aus der Region fernzuhalten. Das Treffen im Norden Russlands stand unter dem Motto „Territorium des Dialogs“.



Mike Pompeo bei seiner Brandrede vor dem Arktischen Rat im Jahr 2019

© picture-alliance/dpa

nki



Der Kaiserpinguin, der in der Antarktis lebt, ist der größte und schwerste seiner Art. Die Pinguine ernähren sich von Fischen und Krill und finden im artenreichen Weddellmeer immer ausreichend Nahrung.

© picture alliance/imageBROKER/  
G&M Therin-Weise

Im Februar 1823 segelte der schottische Robbenjäger James Weddell weiter nach Süden als je ein Mensch zuvor. In der damals unbekanntesten Ozeanregion jenseits der Falklandinseln stieß die Crew des Zweimasters „Jane“ jedoch nicht auf die erhoffte Küste voller Meeressäuger, sondern auf eine scheinbar endlose See voller Eisberge. Weiter voraus, so spekulierte Weddell, kommt nur noch unpassierbares Packeis. Und irgendwann der Südpol. Kein Land, keine Küste, keine Robben. Also kehrte er um und munterte seine enttäuschte Mannschaft mit einer festlichen Runde Grog auf – schließlich hatten sie gerade den alten Rekord von James Cook gebrochen: Weiter nach Süden war bis dato noch nie ein Schiff vorgedrungen. Doch Weddell hatte sich geirrt. Denn ohne es zu ahnen, waren er und seine Crew als erste Menschen in das Küstenmeer eines unbekanntesten Kontinents gesegelt, in das später zu seinen Ehren nach ihm benannte Weddellmeer am Rande Antarktikas. Heute, 200 Jahre später, ist klar: Das Weddellmeer ist eine der wertvollsten biologischen Schatzkisten der Erde. Und einer der wichtigsten Bausteine bei der Rettung der antarktischen Artenvielfalt.

Das Weddellmeer liegt im atlantischen Sektor der Antarktis und wird im Westen von der antarktischen Halbinsel, im Osten durch die Küsten des Königin-Maud-Lands begrenzt. Mit einer Fläche von rund 2,8 Millionen Quadratkilometern ist es etwas größer als das Mittelmeer. Seine größte Tiefe liegt bei 5.300 Metern, die durchschnittliche Tiefe bei 500 Metern. Den südlichen Teil des Weddellmeers bedeckt das bis zu 1.500

Das Weddellmeer in der Antarktis

# Biologische Schatzkiste

Die Artenvielfalt im Weddellmeer soll nachhaltig geschützt werden, aber Russland und China sind an den Fisch- und Krillbeständen interessiert. Kälteliebende Organismen könnten hier den Klimawandel überleben

Meter dicke Filchner-Ronne-Schelfeis. Es ist das volumenreichste Schelfeis weltweit und wird von zahlreichen Gletscherzungen gebildet, die aus dem Inneren der Antarktis ins Meer fließen und auf dem Wasser schwimmen. Weiter nördlich schließt sich bis zu drei Meter dickes Meereis an, das am Ende des Südwinters rund 75 Prozent der übrigen Meeresfläche bedeckt. Im Laufe des kurzen Sommers schmilzt dieses Eis auf etwa ein Drittel zusammen und bildet sich im darauffolgenden Winter neu.

**Eine solche Artenvielfalt gibt es sonst nur in den Tropen**

Der hohe Grad an Eisbedeckung ist der Hauptgrund, warum das Weddellmeer nie im großen Stil befischt wurde und deshalb als eine der letzten weitgehend unberührten Ozeanregionen weltweit gilt. Und die hat es in sich. Mindestens 14.000 Tierarten leben hier, eine enorme Artenvielfalt, die sich sonst so nur in tropischen Korallenriffen findet. Die Grundlage der hochkomplexen Nahrungskette bilden Eisalgen und Bakterien, die wie eine auf dem Kopf stehende Wiese an der Unterseite des Meereises wachsen und dort im Wasser Kleinstlebewesen (Zooplankton) wie Flohkrebse und Krillschwärme ernähren. Diese werden von Fischen gefressen, die wiederum das Überleben von Königspinguinen, sechs Robbenarten, darunter die Weddellrobbe, und zwölf Walarten (unter anderem Buckelwale, Schwertwale, Blauwale und Antarktische Zwergwale) sichern. Überdies rieseln tote Algen, Bakterien und Krebse zum Meeresboden und schaffen die Nahrungsgrundlage für meterhohe „Wälder“ aus Glasschwämmen, Nesseltieren, Weichkorallen, Seescheiden und vielen anderen Spezies.

**Überraschungen in der Tiefe des Ozeans**

Immer wieder wartet das Weddellmeer mit Überraschungen auf. So

stießen Forschende des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts (AWI) 2021 in den Tiefen der See auf eine gigantische, 240 Quadratkilometer große Kolonie aus 60 Millionen Fischnestern. Unzählige Vertreter der Art „Jonahs Eisfisch“ (Neopagetopsis ionah) brüten hier am Meeresboden ihren Laich aus. Das AWI ist seit 1982 regelmäßig mit dem Forschungseisbrecher „Polarstern“ im Weddellmeer unterwegs und sammelt Daten. Auch die vom AWI betriebene Forschungsstation Neumayer III liegt auf dem Ekström-Schelfeis an der östlichen Küste des Weddellmeeres. Durch seine jahrelange Forschungsarbeit hat das Institut eine umfassende Datenbasis geschaffen, die eine klare Botschaft sendet. Während das Meereis in vielen Regionen der Antarktis drastisch zurückgeht, wird das Weddellmeer dank günstiger Meeresströmungen und guter Meereisbedeckung wohl noch für längere Zeit stabile Verhältnisse für kälteliebende Organismen bieten.

Das Randmeer könnte damit zu einem wichtigen Refugium werden: Antarktische Meerestiere, so die Hoffnung, könnten sich hier über Generationen langsam an steigende Wassertemperaturen anpassen – und so den Klimawandel überleben. Deshalb gibt es seit Jahren internationale Bemühungen, das Weddellmeer unter Schutz zu stellen.

**Der Antarktisvertrag regelt die friedliche und schonende Nutzung**

Bereits 1959 haben zahlreiche Staaten den Antarktisvertrag verabschiedet. Dieser legt fest, dass der Südkontinent und seine Meeresgebiete ausschließlich friedlich und ressourcenschonend genutzt und erforscht werden sollen. 1982 wurde zusätzlich das „Übereinkommen über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ (Convention on the Conservation of Antarctic Marine Living Resources – CCAMLR) verabschiedet, das unter anderem festlegt, wie viel Fisch und Krill in antarktischen Ge-

wässern gefangen werden darf. 2012 kündigte Deutschland an, im Rahmen von CCAMLR einen Vorschlag für die Einrichtung eines Weddellmeer-Schutzgebietes zu erarbeiten. Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entwickelte das AWI ein wissenschaftlich fundiertes Schutzkonzept.

**China und Russland blockieren den Schutzstatus**

Im Jahr 2016 reichte die Europäische Union schließlich den ersten Vorschlag ein, der zunächst den größeren westlichen, später dann auch den östlichen Teil des Weddellmeers unter Schutz stellen soll. Allein der westliche Teil wäre mit einer Fläche von 2,2 Millionen Quadratkilometern sechsmal so groß wie Deutschland

und damit das mit Abstand größte Meeresschutzgebiet weltweit. Damit der CCAMLR-Antrag erfolgreich ist, müssen alle 26 Vertragsstaaten und die EU zustimmen. Trotz intensiver Verhandlungen seit 2016 scheiterte ein einstimmiges positives Votum bislang am Widerstand zweier Regierungen: China und Russland. Beide Staaten sind an einer kommerziellen Ausbeutung der enormen Fisch- und Krillbestände im Weddellmeer interessiert.

Der aktuelle Vorschlag ließe jedoch nur eine streng regulierte Fischerei in einem kleinen Teilgebiet zu. Die Zukunft der 1823 von James Weddell entdeckten biologischen Schatzkiste in der Antarktis bleibt damit vorerst ungewiss.

Nils Ehrenberg

Der Autor ist freier Wissenschaftsjournalist.

## KOMPAKT

> **Geschichte** Benannt ist das Weddellmeer nach dem britischen Robbenfänger James Weddell (1787-1834), der das Meer in der Antarktis 1823 entdeckt hat.

> **Größe** Das Weddellmeer umfasst eine Fläche von 2,8 Millionen Quadratkilometern und ist teils mehr als 5.000 Meter tief.

> **Umwelt** Das Weddellmeer ist meist zugefroren und weitgehend unberührt. Auf dem Grund des Meeres leben etwa 14.000 Tierarten. Es ist damit so artenreich wie Korallenriffe in den Tropen.

## KLIMAWANDEL IN DER ARKTIS

Antarktis und Arktis unterscheiden sich grundlegend. Rund um den Nordpol liegt ein von Kontinenten umschlossener Ozean, auf dem eine mehrere Meter dicke Eiskecke schwimmt. Ein großer Teil dieses arktischen Meereises ist dauerhaft vorhanden, Teile sind aber auch saisonal, wachsen im Winter und schmelzen im Sommer. Diese besondere Konstellation ist der Hauptgrund dafür, dass der Klimawandel im Hohen Norden besonders hart zuschlägt.

Die Arktis erwärmt sich derzeit doppelt so schnell wie der Rest der Welt. Verantwortlich dafür ist die sogenannte Eis-Albedo-Rückkopplung. Helles Meereis hat eine hohe Albedo – also ein hohes Rückstrahlvermögen für Sonnenlicht. In einem wärmeren Klima schmilzt dieses helle Meereis und gibt den dunklen Ozean darunter frei. Dieser absorbiert Sonnenenergie, die zuvor vom Eis zurück ins All reflektiert wurde, und erwärmt sich. So schmilzt noch mehr Eis und der Prozess verstärkt sich. Im Sommer schmilzt das Eis auf immer geringere Flächen zusammen, im Winter bildet sich immer weniger Eis neu. Schon in den 2030er Jahren könnte der arktische Ozean im Sommer erstmals nahezu komplett eisfrei sein.

Das schwindende Meereis der Arktis hat gravierende Folgen für den Planeten. Es verändern sich die atmosphärischen Bedingungen über der Arktis, wodurch extremes Wetter auch in Europa wahrscheinlicher wird. Durch das zurückgehende Meereis und den auf Grönland immer stärker schmelzenden Festlandeispanzer verändern sich zudem große Meeresströmungen. So könnte sich etwa der Golfstrom abschwächen, der das Wetter in Europa entscheidend prägt. Nicht zuletzt steigt durch das grönländische Schmelzwasser der globale Meeresspiegel und bedroht so die Bevölkerung auch an weit entfernten Küsten. [ne](#)

## INTERVIEW MIT DER MEERESBIOLOGIN ANTJE BOETIUS

## »Das ist Überlebenswissen«

Die Polarregionen stabilisieren Klima und Meeresspiegel auf der ganzen Welt. Die langjährige Leiterin des Alfred-Wegener-Instituts, Antje Boetius, hält mehr Forschung und Schutz deshalb für unabdingbar

**Frau Boetius, Sie haben Dutzende Forschungsreisen in die Polarregionen gemacht. Was macht für Sie die Faszination von Arktis und Antarktis aus?**

Einerseits die spektakulären Landschaften aus Eis, andererseits die unglaubliche Vielfalt des Lebens, auch bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und monatelanger Dunkelheit. Immer wieder stoßen wir auf unerforschte Lebensgemeinschaften, die sich auf erstaunliche Weise angepasst haben. Diese Entdeckungen haben unsere Sicht auf die Anpassungsfähigkeit des Lebens und die Komplexität der natürlichen Systeme grundlegend verändert. Auch wir Menschen haben dem Eis in unserer Entwicklung viel zu verdanken.

» Wir haben jetzt die bisher geringste Meereisbedeckung im Winter seit Beginn der Satellitenaufzeichnung.

ANTJE BOETIUS

**Im Auftrag der Bundesregierung kreuzt seit 1982 ein Forschungs-Eisbrecher, die Polarstern I, durch die Polarmeere. Warum sind diese fernen Regionen für uns und andere Teile der Welt so bedeutsam?**

Das Wissen um die Rolle und Veränderung dieser Regionen ist Überlebenswissen. Denn sie sind ein wichtiger Faktor für die Stabilität von Klima und Meeresspiegel auf der ganzen Welt. Die Rückstrahlung von Sonnenlicht durch das Eis verhindert eine Überhitzung von Ozean und Atmosphäre. Das Ozeanwasser wird dort kalt und schwer, sein Absinken ist Teil des globalen Förderbandes und bringt Sauerstoff in die Tiefsee. Gerade der Südozean nimmt nicht nur sehr viel Wärme auf, sondern auch viel CO<sub>2</sub>. Inzwischen erwärmt sich die Arktis viermal schneller als der Rest des Globus. Die Bewohner der hohen Arktis berichten von immer chaotischeren Wetterphänomenen und einem Schwund der lokalen Lebensvielfalt.

**Wie sichtbar sind diese Veränderungen vor Ort?**

Seit 1993 forsche ich mit der Polarstern in der Arktis, damals betrug die Dicke des Meereises drei bis vier Meter. Seit 2005 ist sie auf ein bis zwei Meter geschrumpft. 2023 haben wir auf der Unterseite des Eises kaum noch Eisalgen gefunden. Besonders Melosira arctica, die meterlange Fäden bilden kann und ein wichtiger Nährstofflieferant für das gesamte Ökosystem ist, fehlte. Wir haben nun schon das erste Jahr mit 1,5 Grad globaler Erwärmung erreicht und die bisher geringste Meereisbedeckung im Winter seit Beginn der Satellitenaufzeichnung. Es könnte also sein, dass wir uns immer schneller auf den ersten überregionalen Zusammenbruch der Meereisbedeckung in der Arktis zu bewegen, der für einen Zeitraum zwischen 2030 bis 2050 vorhergesagt wird. Insgesamt zeigen uns die Forschungsergebnisse, dass wir die Treibhausgasemissionen viel zu langsam verringern – mit schlimmen Folgen für das Klima.

**Nun gehört fast die Hälfte der Arktis zu Russland, sieben andere Staaten teilen sich den Rest – und alle hoffen mit der Eisschmelze auf neue Handelsrouten und den Zugang zu Rohstoffen. Welche Auswirkungen hat das auf die Forschung?**

In der Arktis gab es bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine eine recht gute Zusammenarbeit in der Forschung. Während unserer ganzjährigen MOSAIC Drift-Expedition vor fünf Jahren arbeiteten auf dem Schiff Menschen unter anderem aus China, Russland, USA und ganz Europa produktiv zusammen. Das wäre aktuell nicht denkbar. Wissenschaft ist Teil der Gesellschaft und braucht deren Unterstützung. Sie beruht auf einem verlässlichen und vertrauensvollen Umgang, daher wirken natürlich auch Streit oder gar Krieg zwischen Ländern auf deren Forschende. Die Verschlechterung der Zusammenarbeit mit und zwischen den Ländern der Arktischen Rates ist deshalb ein Problem.

**Die Situation hat die letzte Bundesregierung veranlasst, ihre Leitlinien zur Arktispolitik zu überarbeiten. Da geht es nun viel um Sicherheits- und Geopolitik – zum Schaden des Umwelt- und Klimaschutzes?**



Die Meeresbiologin Antje Boetius 2023 auf großer Arktis-Expedition an Bord des deutschen Forschungs-Eisbrechers „Polarstern“ © Alfred-Wegener-Institut/Esther Horvath

Bestimmt nicht, denn alle Sektoren sind vom schnellen Wandel betroffen. Das Schmelzen des Meereises und des Permafrostes birgt erhebliche Risiken. So werden auf dem ehemals stabil gefrorenen Boden immer mehr Straßen, Häuser, Industrieanlagen gebaut. Doch wenn das Eis schmilzt, kommt es im Untergrund zu Rissen, Brüchen und Löchern, was zu Umweltkatastrophen führen kann, wie dem gigantischen Ölunfall in Sibirien durch Brechen eines Tanks. Auch kommt es inzwischen zu Hitzeperioden in der Arktis und in der Folge zu Bränden in der arktischen Tundra – sie lassen den Permafrostboden weiter tauen und können zur Ausbreitung von neuen Krankheitserregern führen. Schließlich bedroht ein steigender Meeresspiegel Milliarden von Menschen und ihre Infrastruktur. Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit

sind demnach eng verschränkt, und wir sind auf eine starke internationale Zusammenarbeit angewiesen, um die Probleme zu lösen.

**Was muss geschehen, um Arktis und Antarktis besser zu schützen?**

Der wichtigste Schritt ist, den Ausbau regenerativer Energien global schneller voranzutreiben, um die Abhängigkeit von Kohle, Öl – und langfristig auch Gas – zu verringern und weniger Treibhausgas zu emittieren. Wir müssen darüber hinaus dringend Lösungen finden gegen die zunehmende Verschmutzung der Ozeane durch langlebige Chemikalien und Kunststoffe. Außerdem brauchen die polaren Lebensgemeinschaften, die zunehmend unter Druck stehen, Ruheräume. Dann kann der Ozean auch Teil der Lösung für eine nachhaltige Zukunft sein.

**Sind diese Notwendigkeiten auf politischer Ebene angekommen?**

Zumindest die Weichen sind durch das Klimaschutzgesetz und den europäischen Rahmen, den sogenannten Green Deal, gestellt. Nun geht es darum, beschlossene Maßnahmen, wie Investitionen in Infrastruktur, Energietransformation und Emissionshandel, zusammen umzusetzen. Für Wirtschaft und Menschen sollte gelten: Ambitionierter Klimaschutz wird belohnt und nicht bestraft. Nach wie vor habe ich Hoffnung, dass Europa da gemeinsam vorankommen kann und andere Partner mitreißen könnte. Da könnte auch die neue Bundesregierung punkten.

**Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat Ende 2024 immerhin schon den Weg freigemacht für den Bau eines neuen, noch moderneren Forschungsschiffes, den Eisbrecher Polarstern II. Er soll in Wismar gebaut werden und 2030 fertig sein. Was ist das Besondere daran?**

Das Schiff wird mit hochentwickelten Geräten ausgestattet, darunter Unterwasserrobotern, unbemannten Drohnen und neuen Bohrtechnologien. Ein Highlight ist der „Moonpool“, eine geschützte Öffnung im Rumpf, die den Einsatz komplexer Tauchroboter unter dem Eis ermöglicht. Die Polarstern II wird zudem mit einem umweltfreundlichen Antriebssystem ausgestattet werden, das die Nutzung von grünem Methanol ermöglicht. Es werden moderne Abgasreinigungssysteme installiert, um schädliche Emissionen zu minimieren, und das Schiff wird leiser. Wir freuen uns sehr, dass die Bauphase nun endlich beginnen kann. Bis dahin haben wir mit dem „alten“ Schiff noch viel vor: Wir planen mehrere große internationale Vorhaben sowohl mit Kanada in der Arktis wie auch mit vielen Ländern gemeinsam in der Antarktis.

Das Interview führte Johanna Metz

Antje Boetius leitete seit 2017 das für die deutsche Polarforschung zuständige Alfred-Wegener-Institut. Seit April ist sie Präsidentin des Monterey Bay Aquarium Research Institute in Kalifornien.

## Deutsche Arktispolitik

## Stabilität und Sicherheit rücken in den Fokus

Die Bundesregierung hat 2024 ihre Leitlinien zur Arktispolitik überarbeitet. Auch weil Russland in der Region militärisch stark aufrüstet

Die Bundesregierung hat ihre Arktispolitik im vergangenen Jahr neu aufgestellt. Standen in den ersten beiden Fassungen der „Leitlinien deutscher Arktispolitik“ Themen wie Umwelt, Rohstoffe und Nachhaltigkeit im Vordergrund, rücken jetzt Sicherheit und Stabilität immer stärker in den Fokus. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) machte bei der Verabschiedung der aktualisierten Leitlinien im September 2024 deutlich, dass die Bundesregierung damit auf die gestiegenen sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region reagiert und sie die internationale regelbasierte Ordnung auch in der Arktis verteidigen will. Sie setzte dabei „auf enge Zusammenarbeit mit unseren Nato- und Wertepartnern in der Region“, betonte die Grünenpoli-

tikerin. Baerbock verwies aber auch auf den Klimaschutz. Die Arktis sei der natürliche Gradmesser für das weltweite Klimageschehen. „Wenn in der Arktis das Eis schmilzt, steigt in Eckernförde, St. Peter-Ording oder Warnemünde der Meeresspiegel.“ Das habe potenziell dramatische Folgen. Womit Baerbock auch einen Bogen zu den erstmals im Jahr 2013 veröffentlichten Leitlinien schlug.

#### Hoffnung auf Rohstoffe und Energie für Deutschland

Damals hieß das Leitmotiv „Verantwortung übernehmen, Chancen nutzen“. Die Bundesregierung wolle die Arktisregion „stärker als bisher zu einem zentralen Gegenstand deutscher Politik machen und dabei die Beson-

derheiten der Region, wie deren ökologische Sensibilität und die Belange der indigenen Bevölkerung, berücksichtigen“, hieß es darin. Gleichzeitig verwies die Regierung darauf, dass die Erschließung arktischer Rohstoffquellen auch in Deutschland und der EU zur Energie- und Rohstoffsicherheit beitragen könne – und sich damit für deutsche Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen könnten. In der ersten Überarbeitung von 2019 konstatierte die Regierung, dass der arktische Raum ökologisch, wirtschaftlich und geopolitisch zunehmend an Bedeutung gewinne. Allerdings würden die Mechanismen zur Konfliktlösung immer öfter in Frage gestellt. „Priorität im Handeln der Bundesregierung haben frühzeitiges Erkennen, Vorbeugen und Eindäm-

men von Krisenpotenzialen und Konflikten in der Arktisregion“, betonte sie daher. Sicherheitspolitische Aspekte rückten also schon damals in den Vordergrund. Deutschland, heißt es in den Leitlinien von 2019 weiter, bekenne sich zu seiner Bündnisverpflichtung und unterstütze „den gegenseitigen Erfahrungsaustausch und gemeinsame Übungen der Bundeswehr mit Partnern und Verbündeten“.

#### Die Regierung pocht auf Einhaltung des Völkerrechts

Die nun erfolgte Aktualisierung steht unter dem Eindruck des russischen Expansionismus. Nach Auffassung der Bundesregierung hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

das sicherheitspolitische Umfeld für das deutsche Engagement in der Arktis nachhaltig verändert. „Die Arktis kann geopolitisch nicht mehr als geschlossene Region betrachtet werden“, lautet ihr Befund. Als weiterer Beleg wird angeführt, dass China seine strategische Präsenz in der Arktis verstärkt und dort wirtschaftliche und wissenschaftliche Ressourcen sowie militärische Fähigkeiten entwickelt.

Deutschland wolle Sicherheit und Stabilität in der Region wahren, macht die Bundesregierung deutlich. Jegliche Aktivität in der Arktis muss aus ihrer Sicht auf Grundlage des Völkerrechts erfolgen. Als „Ziel deutscher Arktispolitik“ definiert sie, „die Region möglichst konfliktarm zu gestalten“.

Götz Hausding

# Arktis und Antarktis: Reg

## GRÖNLAND

### Größte Insel der Welt



#### Fläche

- 2,2 Mio. km<sup>2</sup>  
(Deutschland 0,36 Mio. km<sup>2</sup>)

#### Entfernungen von Nuuk

- Nordpol: ca. 3.000 km
- Kopenhagen ca. 3.500 km

#### Bevölkerung

- 56 700 Einwohner
- weltweit geringste Bevölkerungsdichte

#### Politisches System

- parlamentarische Demokratie
- autonomer Teil des Königreichs Dänemark

#### Geschichte

- 2500 v. u. Z. Erstbesiedlung von Nordamerika aus
- 10. bis 15./16. Jh. Erstbesiedlung durch Europäer
- 1721 bis 1953 dänische Kolonie
- 1953 bis 1979 dänische Provinz
- seit 1979 eigene Regierung, wachsende Unabhängigkeit

#### Wirtschaft

- Hauptwirtschaftszweig: Fischerei
- Hauptexportpartner: Dänemark, Island
- Hauptimportpartner: Dänemark, Schweden

#### Grönlands Bedeutung in der Welt

- Ressourcen: reich an Bodenschätzen
- Wirtschaft: neue Handelsrouten, wenn Passagen durch den Klimawandel eisfrei werden
- Sicherheitspolitik: strategische Lage für NATO

Quelle: grönl. Statistikbehörde, Greenland Institute of Natural Resources, Visit Greenland, Natural Earth Data, dpa  
Grafikquelle: Globus 017341 (editiert)

## ARKTIS



### Gebietsdefinition

Früher beschrieben als Gebiet nördlich vom

- Nordpolarkreis

Heute z.B. definiert als ...

- ... Fläche innerhalb der • 10°C-Juli-Isotherme (Temperatur im Juli nicht über 10°C)

- ... Fläche innerhalb der • Baumgrenze

... oder als Fläche nach der

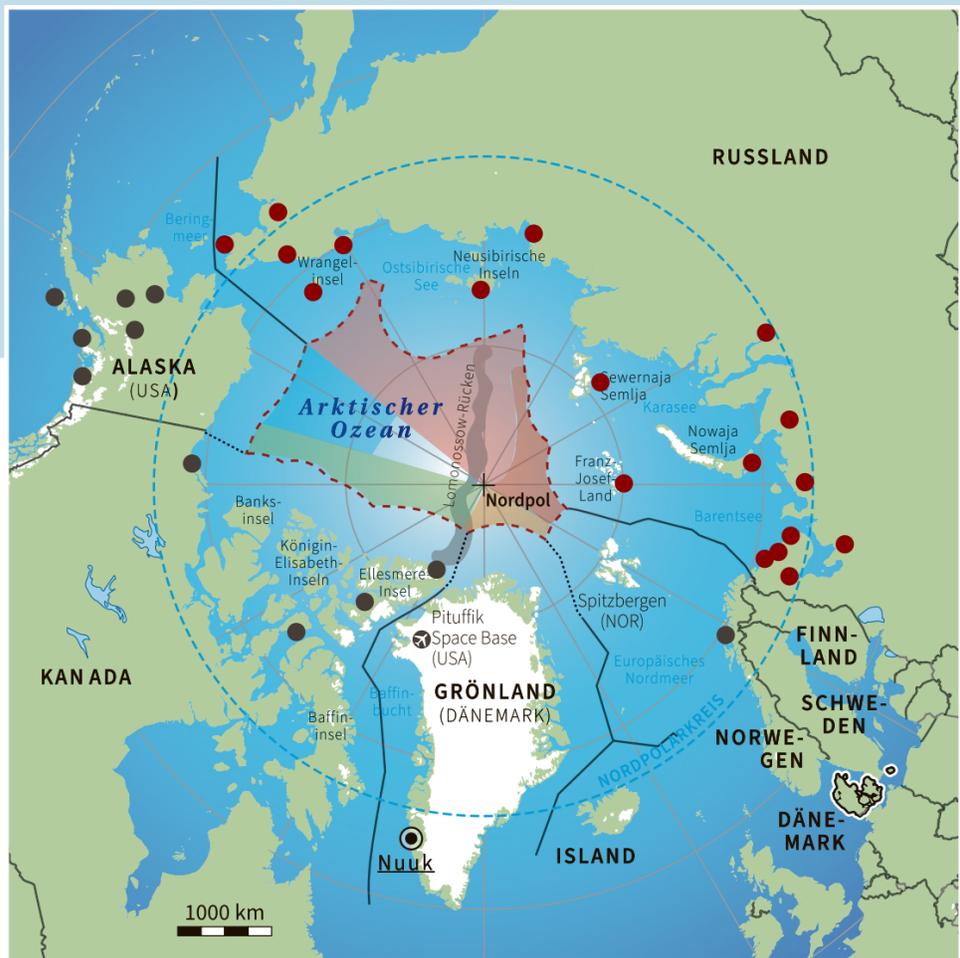
- AMAP-Definition (AMAP - Arctic Monitoring and Assessment Program) in die verschiedene Kriterien einfließen

### Bodenschätze

- Erdöl
- Erdgas
- Kohle
- Uran
- Eisen
- Stahlveredler
- Buntmetalle
- Leichtmetalle
- Edelmetalle
- Edelsteine

Grafikquelle: Globus 017341 (editiert)

## GRENZEN UND MILITÄRISCHE STÜTZPUNKTE



### Politische Grenzen

- anerkannte Grenzen
- ..... unklare Grenzen
- - - 200-Seemeilen-Grenze (ausschließliche Wirtschaftszone)

### Gebietsansprüche

- Russland
- USA
- Kanada
- Dänemark
- Russland/Dänemark

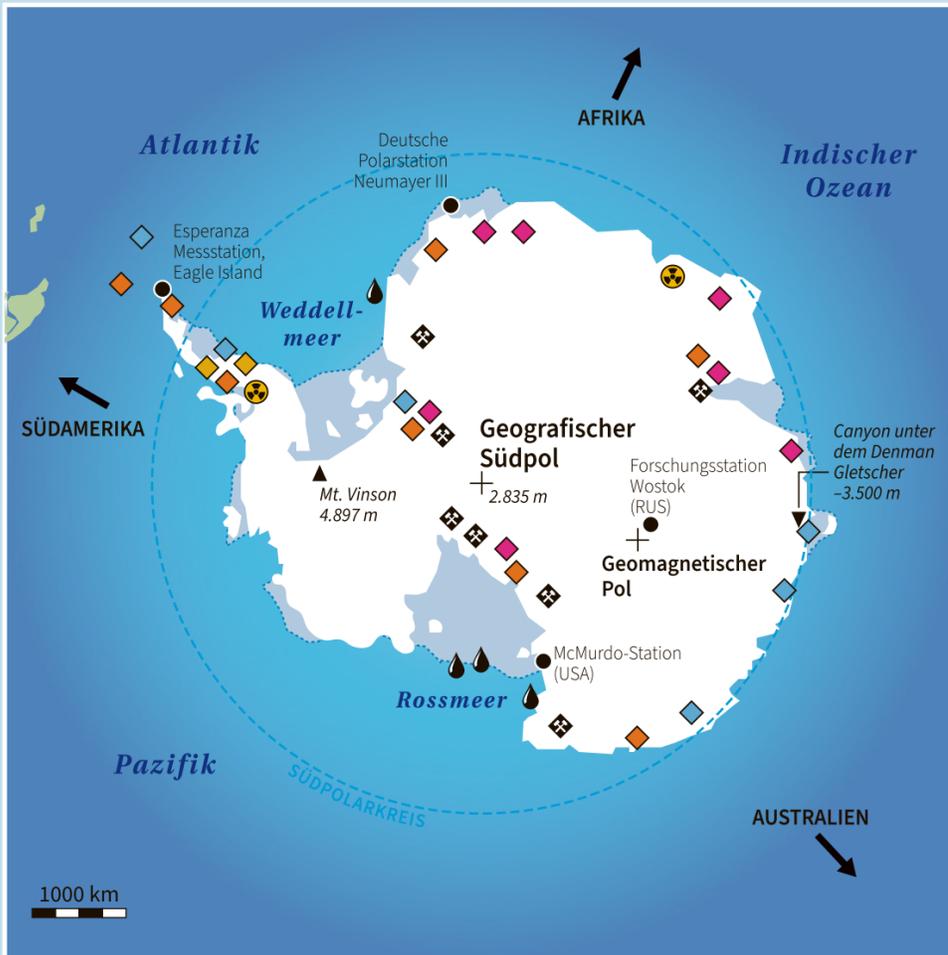
### Militärische Stützpunkte

- russisch
- nicht russisch

Grafikquelle: wikipedia.org/CC BY-SA 4.0 (editiert) und Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

# Regionen der Extreme

## ANTARKTIS



### Eckdaten

Fläche: etwa 13,5 Mio. km<sup>2</sup> (= ca. 37 x Deutschland)  
 Höchster Punkt: Mt. Vinson (4.897 m)  
 Tiefster Punkt: Canyon unter dem Denman Gletscher (ca. -3.500 m)  
 Durchschnittstemperatur: -55 °C  
 Niedrigste Temperatur: -89,2 °C (Forschungsstation Wostok, Juli 1983)  
 Schelfeis-Ausdehnung im Sommer: 4 Mio. km<sup>2</sup>  
 Schelfeis-Ausdehnung im Winter: 20 Mio. km<sup>2</sup>  
 Durchschnittliche Eisdicke: 2,5 km  
 Max. Eisdicke: ca. 5 km

■ Schelfeis (Ausdehnung Sommer)

### Bodenschätze

- Erdöl
- ◆ Kohle
- ⚠ Uran
- ◆ Eisen
- ◆ Stahlveredler
- ◆ Buntmetalle
- ◆ Edelmetalle

Quelle: Umweltbundesamt Grafikquelle: dpa100247 (editiert)

## SCHÜTZENDE VERTRÄGE

### Internationales Seerecht: Basis für das Seevölkerrecht

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Seerecht enthält grundlegende Regelungen für nahezu alle Bereiche des Seevölkerrechts. Das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) trat 1994 in Kraft. Die Verhandlungen zur Schaffung des SRÜ dauerten mehr als 25 Jahre. Es ist mit insgesamt 320 Artikeln der umfangreichste und bedeutsamste multilaterale Vertrag, der im VN-Rahmen entwickelt wurde. Er trifft Regelungen unter anderem zur Abgrenzung der verschiedenen Meereszonen wie Küstenmeer, Anschlusszone, Meerengen oder Hohe See und zur Nutzung dieser Gebiete durch Schifffahrt, Überflug, Rohr- und Kabelverlegung, Fischerei und wissenschaftliche Meeresforschung. Durch das SRÜ wurden sowohl geltendes Seevölkerrecht kodifiziert als auch neue seevölkerrechtliche Normen geschaffen, unter anderem im Bereich des Meeresumweltschutzes.

### Arktischer Rat: Forum der Anrainerstaaten und indigenen Völker

Der Arktische Rat ist das führende zwischenstaatliche Forum für die Kooperation zwischen den Arktis-Anrainern und den indigenen Völkern der Arktis im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz in der Region. Er wurde 1996 mit der Ottawa Deklaration ins Leben gerufen und beinhaltet die Mitgliedstaaten Königreich Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, die Russische Föderation, Schweden und die USA. Sechs Organisationen, die die indigenen Völker der Arktis vertreten, sind ständige Teilnehmer. Die Aktivitäten des Arktischen Rats werden im Wesentlichen von seinen sechs Arbeitsgruppen bestimmt. Diese erstellen regelmäßig umfangreiche Zustandsberichte und Handlungsempfehlungen zu diversen Aspekten der arktischen Umwelt und Gesellschaft. Da der Arktische Rat über kein Programmbudget verfügt, werden die Aktivitäten von den Mitgliedsstaaten finanziert.

### Der Antarktis-Vertrag: Im Interesse der friedlichen Nutzung

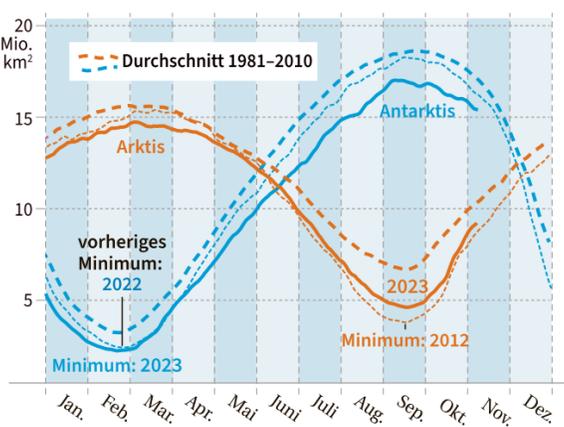
Das Fundament zum Schutz der Antarktis ist der Antarktis-Vertrag. In ihm manifestiert sich das Interesse, die Antarktis für alle Zeiten ausschließlich friedlich zu nutzen. Er bildet zudem die Grundlage für wichtige Folgeabkommen. Die Zahl der Vertragsstaaten ist inzwischen auf 54 angewachsen, darunter sind 29 sogenannte Konsultativstaaten. Mit der Unterzeichnung des Antarktis-Vertrages einigten sich die Vertragsstaaten unter anderem auf die ausschließlich friedliche Nutzung der Antarktis und das Verbot militärischer Aktivitäten; die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und die damit verbundene internationale Zusammenarbeit mit ungehindertem Informationsaustausch; die Zurückstellung der Gebietsansprüche einzelner Länder und das Verbot der Geltendmachung neuer Ansprüche sowie die Beseitigung radioaktiver Abfälle in der Antarktis.

### Die Antarktis-Kommission: Streit über Schutzgebiete

Die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresressourcen der Antarktis (CCAMLR) wurde 1982 ratifiziert. Derzeit gehören ihr 22 Mitgliedsstaaten an. 2009 hatte die Kommission vereinbart, ein System von Meereschutzgebieten im Südpolarmeer einzurichten. Seitdem wurden aber nur zwei der sechs geplanten Schutzgebiete geschaffen. Seit 2016 stocken die Verhandlungen zunehmend. Bei einer Konferenz im Oktober 2024 gab es erneut keine Einigung über neue Schutzgebiete in der Ostantarktis, im Weddellmeer und in den Gewässern der Antarktischen Halbinsel. *che*

## DIE POLE SCHMELZEN

Ausdehnung des Meereises\* in Arktis und Antarktis in Millionen Quadratkilometern

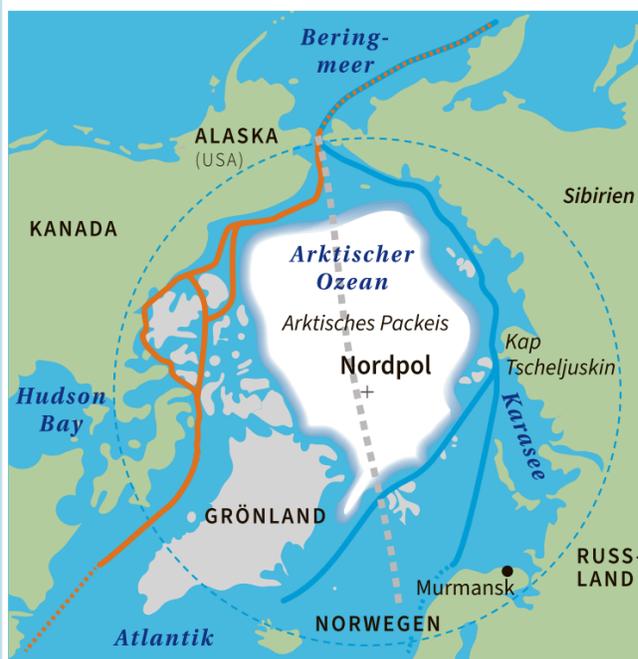


\*Meeresfläche mit mindestens 15 Prozent Meereis

Quelle: Nationales Schnee und Eis Datenzentrum NSIDC, Universität von Colorado Boulder Grafikquelle: dpa106349 (editiert) Stand: 8. November 2023

## FREIE FAHRT IN DER ARKTIS

Die Nordwest- und die Nordostpassage sind gleichzeitig eisfrei und für Schiffe befahrbar. Ab ca. 2040 soll es Schiffen der Polarklasse 6 möglich sein, in den Sommermonaten den Arktischen Ozean direkt zu queren.



Quelle: Meeresportal, Wikimedia Grafikquelle: dpa28950 (editiert)

## DIE ARKTISCHE EISFLÄCHE



Quelle: National Snow and Ice Data Center (USA) Grafikquelle: Globus 14215 (editiert)

## Lebensgefährliche Abenteuerlust

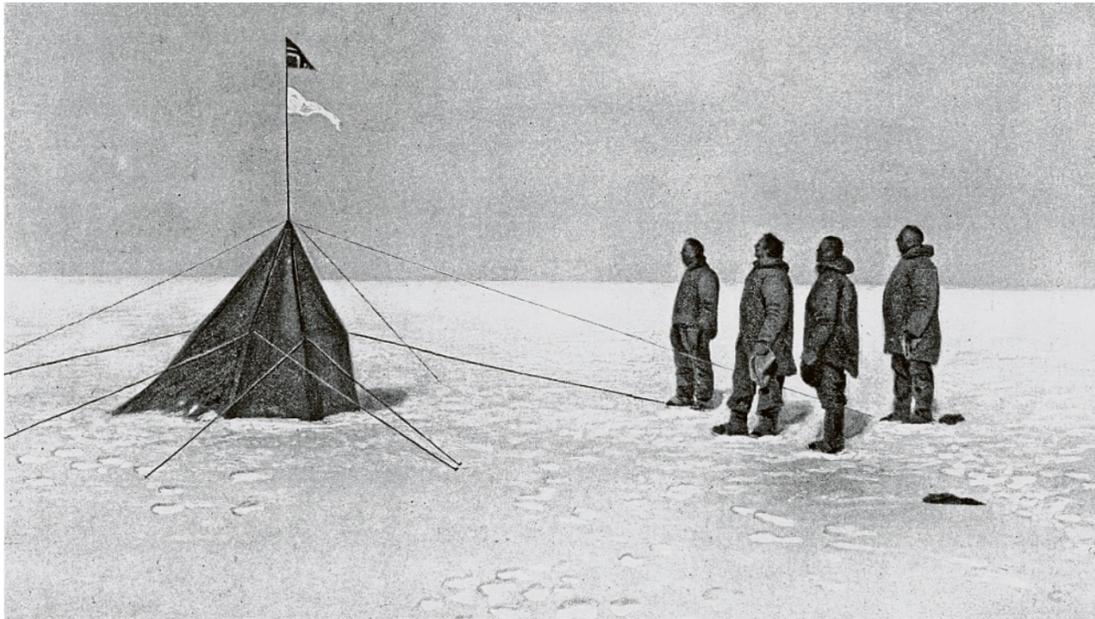
## Der Wettlauf zum Südpol

Anfang des 20. Jahrhunderts machten sich gleich zwei Polarforscher auf den Weg zum Südpol. Ein Kräftemessen mit tödlichem Ausgang

**M**änner für gefährliche Reise gesucht. Geringer Lohn, bittere Kälte, lange Monate kompletter Dunkelheit, ständige Gefahr, sichere Rückkehr zweifelhaft. Ehre und Anerkennung im Erfolgsfall! Der Legende nach soll der britische Polarforscher Ernest Shackleton zu Beginn des 20. Jahrhunderts diese Zeitungsannonce veröffentlicht haben, um eine Mannschaft für seine geplante Expedition in die Antarktis zu finden. Trotz dieser beschwerlichen Aussichten fanden sich genug Männer und Shackleton reiste am Ende sogar dreimal in die Antarktis. Nur sein Ziel, den geografischen Südpol zu erreichen, verfehlte er. Anders war dies bei den Polarforschern Robert F. Scott und Roald Amundsen, die sich 1911 ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten, um als Erste den Südpol zu erreichen.

## Das Goldene Zeitalter der Antarktisforschung beginnt

Insgesamt sechzehn Antarktis-Expedition aus acht Nationen fanden zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und den 1920er Jahren statt. Heute spricht die Wissenschaft vom „Heroic Age“, in Deutschland bekannt als das Goldene Zeitalter der Antarktisforschung. In Zeiten des Imperialismus waren Entdecker und Nationen gleichermaßen bestrebt, den unbekanntesten Kontinent im Süden geografisch und naturwissenschaftlich zu erforschen. Dabei faszinierte die Frage, was sich am südlichen Ende des Erdballs befindet, die Menschheit schon seit Jahrhunderten. Bereits im antiken Griechenland nahmen Gelehrte an, dass es im Süden ein Gegengewicht zu den Landmassen auf der Nordhalbkugel geben müsse, damit die Erde im Gleichgewicht bleibe. Obwohl kein Mensch ihn bis dato gesehen hatte, hielt sich der Mythos vom unbekanntem Südkontinent („Terra Australis Incognita“) jahrhundertlang hartnäckig. Selbst auf Welt-



Am 14. Dezember 1911 erreichte der norwegische Polarforscher Roald Amundsen nach 99 Tagen und 2.600 Kilometern Strecke mit seiner Mannschaft als erster Mensch den geografischen Südpol.

© picture-alliance/Mary Evans PictureLibrary

karten des 16. Jahrhunderts ist die Antarktis – mit Fantasie-Umrissen – eingezeichnet.

Als erster Europäer überquerte der Seefahrer James Cook am 17. Januar 1773 den südlichen Polarkreis. Den Kontinent selbst hat er jedoch nie gesehen. Dicke Eisschichten machten ein Weiterkommen unmöglich und so musste er rund 130 Kilometer von der Küste entfernt umdrehen. „Ich kann getrost behaupten, dass kein Mensch jemals weiter vorstoßen wird, als ich es getan habe, und dass die Länder, die im Süden liegen könnten, niemals erforscht werden“, prognostizierte er fälschlicherweise. Denn knapp 50 Jahre später erreichten erstmals Schiffe den antarktischen Kontinent. Der amerikanische Robbenjäger John Davis soll als erster Mensch das antarktische Festland betreten haben. Nachdem dieser Meilenstein erreicht war, verlagerte sich der Fokus

der Forscher und Eroberer auf den geographischen Südpol.

## Großbritannien und Norwegen wollen am Südpol Flagge zeigen

Eigentlich wollte Roald Amundsen der erste Mensch am geografischen Nordpol sein. Doch während der norwegische Entdecker gerade dabei war, seine Expedition zu planen, erreichte ihn die Nachricht, dass ihm die Amerikaner Frederick Cook und Robert Edwin Peary zugekommen waren. Also plante Amundsen kurzfristig um und setzte sich die Entdeckung des geografischen Südpols als neues Ziel. Dies hielt er geheim, bis er am 9. August 1910 mit seinem Schiff „Fram“ aufbrach. Auch der Brite Robert F. Scott war zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg in Richtung Südpolarmeer. Bei einem Zwischenstopp in Australien erhielt er ein Telegramm von Amundsen, der

ihn darüber informierte, dass auch er sich auf Kurs Antarktis befinde.

Doch bevor Amundsen und Scott zum Südpol aufbrechen konnten, mussten sie zunächst den antarktischen Winter in ihren Basislagern überstehen. „Der Plan war, im Frühling das Winterlager so bald wie möglich zu verlassen. Wenn wir uns erst einmal auf dieses Wettrennen eingelassen hatten, mussten wir auch um jeden Preis die ersten auf dem Platz sein“, schrieb Amundsen dazu in seinem Reisebericht. Getrieben von diesem Ehrgeiz, machte er sich im September 1911 erstmals auf den Weg, kehrte aber nach wenigen Tagen aufgrund des schlechten Wetters in das Basislager zurück.

Als Mitte Oktober der Frühling wirklich einsetzte, startete er mit vier Mann in Richtung Südpol; rund 700 Kilometer von Scott entfernt. Dessen Mannschaft verließ einige Tage später, am 1. November, ihr Basislager.

Zwar sollte es für beide eine beschwerliche Reise werden, doch zeigten sich schnell gravierende Unterschiede in Ausstattung und Planung. Während Amundsen sich bei seiner Ausrüstung vieles von den Inuit abgeschaut hatte und auf Schlittenhunde setzte, bevorzugte der Brite Scott motorisierte Schlitten und mandschurische Ponys. Ein Fehler, denn die Motoren gingen schnell kaputt und die Ponys versanken im tiefen Schnee.

## Nach 99 Tagen erreicht Amundsen den Südpol

„Der Schnee klettert beständig höher [...] Mich durchschauert eine Hoffnungslosigkeit, der ich mich kaum noch erwehren kann“, beschreibt Scott die Reise in seinem Tagebuch. Dennoch marschierte seine Mannschaft unbeirrt weiter. Doch sie waren zu spät. Schon von weitem sahen sie die norwegische Flagge. Nach 99 Tagen und 2.600 Kilometern hatte Amundsen bereits am 14. Dezember 1911 – also 34 Tage vor Scott – den geografischen Südpol erreicht. Gemeinsam hatten die fünf Männer die norwegische Fahne platziert und einen Brief hinterlassen, der ihren Triumph belegte.

Enttäuscht und entkräftet machten sich Scott und seine Männer auf den Rückweg. Doch ihr Basislager sollten sie nicht mehr erreichen. Rund 18 Kilometer davon entfernt erfroren die Männer während eines Schneesturms. „Um Gottes willen – sorgt für unsere Hinterbliebenen!“ war der letzte Satz, den Scott in sein Tagebuch schrieb. Acht Monate später wurden die Leichen gefunden.

Amundsen kehrte als erfolgreicher Eroberer zurück nach Norwegen. Doch auch er fand den Tod im ewigen Eis. Nach seiner erfolgreichen Expedition zum Südpol widmete er sich wieder seiner eigentlichen Leidenschaft – der Arktis. Er flog 1926 als erster Mensch über den geografischen Nordpol, bevor er 1928 von einer Rettungsaktion im Eis nicht zurückkehrte.

Denise Schwarz

## Faszination Antarktis

## Ein Selfie mit dem Eisberg

Mit 120.000 Besuchern jährlich ist die Antarktis im Massentourismus angekommen. Eine große Herausforderung für Flora und Fauna

Dick in ihre Winterjacken eingepackt, fahren die Besucher auf Schlauchbooten an Eisbergen vorbei; andere paddeln in Kajaks durch das Eismeer, tauchen mit Robben oder beobachten Pinguine. Alles ist mit einer dramatischen Musik hinterlegt. Mit einzigartigen Aufnahmen locken die Anbieter von Antarktisreisen auf ihren Websites.

Die Zeit, in denen sich nur einige wenige Abenteuerer in die Region wagen, sind lange vorbei. Sogar ein Marathon findet jährlich dort statt.

„Der Massentourismus ist in der Antarktis angekommen“, sagt Rita Fabris. Die Biologin arbeitet für das Umweltbundesamt und ist dort für die Genehmigung von deutschen Antarktisreisen zuständig. Zwischen 1992 und 2016 hat sich die Zahl der Antarktisbesucher vervielfacht. Über 120.000 Menschen haben laut dem Dachverband der Antarktis-Tourismusindustrie (IAATO) die Region in der vergangenen Saison besucht. Im Vergleich zu anderen Attraktionen und Naturphänomenen eine kleine Zahl. Dennoch spricht Fabris von Massentourismus, denn „95 Prozent der Touristen reisen zur Antarktischen Halbinsel und dort in ein rela-

tiv kleines Gebiet“. Zusätzlich konzentrierte sich die Reisezeit auf die Monate November bis März, also den antarktischen Sommer.

Für den Tourismus-Boom gibt es verschiedene Gründe. So haben laut Fabris das allgemeine Medieninteresse und Reise-Influencer die Region in das Bewusstsein vieler Menschen gerückt. Auch eine „last chance to see“-Mentalität – also der Wunsch, die Antarktis zu sehen, bevor sie sich unumkehrbar verändert haben wird – spielt eine Rolle. Durch den Klimawandel hat sich außerdem der Reisezeitraum verlängert, was mehr Besuchern pro Saison ermöglicht.

## Expeditionskreuzfahrten haben keinen nachhaltigen Effekt

Und die Reedereien nutzen diese Möglichkeiten. In den vergangenen Jahren sind viele neue Schiffe hinzugekommen. Auch Länder wie China zeigen mittlerweile Interesse an der Region und könnten die Besucherzahlen weiter in die Höhe treiben. Für die Antarktis bringt der Tourismus keine Vorteile. Rußablagerungen durch Schiffe beschleunigen zum Beispiel die Eisschmelze, Lärm stört

die Tiere und selbst kleine Trittschäden sind aufgrund der langsamen Vegetation lange sichtbar.

Den größten Teil der Reisen machen Expeditionskreuzfahrten aus: Statt Animationsprogramm bieten diese ihren Gästen wissenschaftliche Vorträge. Der Gedanke dahinter ist, dass Touristen so „Botschafter für die Antarktis“ werden und ihren Lebensstil für das Klima nachhaltig ändern. Dieser Mythos sei allerdings nichts ander-

es als „Greenwashing“, sagt Fabris. Die Forschung habe gezeigt, dass sich das Verhalten der Touristen langfristig nicht ändere: „Letztendlich ist eine Reise in die Antarktis ein Konsummodell und Urlaub.“

Damit der Tourismus nicht aus dem Ruder läuft und das empfindliche Öko-System vor Ort langfristig zerstört, gibt es bereits ein ganzes Werk an Regularien für einen Besuch. So dürfen nur Schiffe mit maximal 500

Passagieren an Bord anlanden, wobei sich immer nur 100 Menschen gleichzeitig an Land befinden dürfen. Leitfäden für das Verhalten vor Ort schreiben zusätzlich beispielsweise einen Mindestabstand zu Pinguinen, Robben und anderen Tierarten vor.

## Einheitlicher Rahmenvertrag statt »Flickenteppich«

Hinter diesen Regeln stehen neben der IAATO, auch die Antarktisvertragsstaaten, die sich mit dem Umweltschutzprotokoll dem Schutz des Kontinents verschrieben haben. So wird jede Reise vorab von der jeweils zuständigen nationalen Behörde auf ihre Umweltauswirkungen geprüft. Für deutsche Anbieter macht dies das Umweltbundesamt.

Neben dem Abkommen gibt es zwar weitere internationale Vorschriften, diese sind aber nicht alle rechtlich bindend. Dadurch hat sich laut Fabris ein „Flickenteppich an Regularien“ gebildet. Derzeit arbeiten die Vertragsstaaten daher an einem einheitlichen Rahmenvertrag für den Tourismus in der Antarktis. Bis dieser fertiggestellt ist, könnte es jedoch noch einige Jahre dauern.

des



Für Pflanzen und Tiere wird der stetig wachsende Antarktis-Tourismus immer mehr zur Belastung.

© picture alliance / Global Warming Images | Ashley Cooper

## US-Strafzölle

## »Der Handelskrieg ist entfacht«

Die Bekanntgabe der Zoll-Pläne von US-Präsident Donald Trump führte zum Börsencrash. Das Einlenken kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Kurs den Multilateralismus und die Globalisierung bedroht

Die Achterbahnfahrt geht weiter: Nachdem US-Präsident Donald Trump Anfang April Zölle in Höhe zwischen zehn und 50 Prozent für nahezu alle Länder angekündigt hatte, war der Aufschrei groß. Mit dem Einbruch an den Aktienmärkten machte sich Panik breit. Die Renditen für US-Staatsanleihen schossen nach oben. Mitte der Woche dann das Einlenken: US-Präsident Trump setzte seine Zollpläne für 90 Tage aus. In diesem Zeitraum gelte für fast alle Länder ein Zollsatz von zehn Prozent für die Handelspartner. Mit einer Ausnahme: China. Das Land hatte sofort nach Bekanntwerden der Zölle mit voller Härte reagiert und seinerseits die Abgaben für Einfuhren aus den USA erhöht. Peking erhebt auf US-Waren mittlerweile

125 Prozent. China sieht sich aktuell mit Zöllen in Höhe von 145 Prozent konfrontiert. Der Streit der beiden wichtigsten Handelsmächte wird nun in aller Öffentlichkeit ausgetragen.

Bei der Vorstellung seiner Zollpläne im Garten des Weißen Hauses nahm Trump kein Blatt vor den Mund. „Wir wurden belogen, betrogen, vergewaltigt“, begründete der US-Präsident seine Entscheidung. Mit Blick auf die Europäische Union behauptete er: „Manchmal sind Freunde die schlimmsten Feinde.“

In dieser Woche folgten reihenweise Beschimpfungen in Richtung China. So bezeichnete Donald Trump China als „größten Übeltäter“. Aber er sei zuversichtlich, dass China verhandlungsbereit bleibe. „Wir warten auf ihren Anruf. Es wird geschehen!“,

schrub er auf seiner Social-Media Plattform „Truth Social“.

#### China verbittet sich Druck, Drohungen und Erpressung

Die chinesische Regierung wiederum forderte die USA zu Kompromissen auf. „Wir hoffen, dass die USA China auf halbem Wege entgegenkommen und auf der Grundlage der Prinzipien des gegenseitigen Respekts die Differenzen durch Dialog und Konsultation angemessen lösen werden“, sagte He Yongqian, Sprecherin des Handelsministeriums. Zugleich bekräftigte sie, dass ihr Land „bis zum Ende kämpfen“ werde, sollte kein Kompromiss erreicht werden.

Der 2. April 2025 wird möglicherweise in die Geschichte eingehen – nicht

unbedingt im Sinne Trumps als „Liberation Day“, vielleicht eher als „Ruinaton Day“, wie die Wochenzeitung „The Economist“ titelte. Die angekündigten Zölle des US-Präsidenten sorgten sofort für einen historischen Absturz an den Börsen weltweit. Allein der amerikanische Aktienmarkt hat seitdem umgerechnet rund 2,3 Billionen Euro Marktwert verloren. Zwar erholten sich die Börsen zum Ende der Woche wieder, doch die Unsicherheit bleibt.

Das Hin und Her bei den US-Zöllen ist Gift für die ohnehin gebeutelte deutsche Wirtschaft. Seit drei Jahren kommt das Bruttoinlandsprodukt nicht von der Stelle. Die Zölle dürften die Hoffnungen auf eine Erholung in diesem Jahr endgültig im Keim ersticken. Mehr noch: Sie könnten die Unternehmen, die ohnehin mit hohen Steuern und Energiepreisen in Deutschland hadern, dazu veranlassen, ihre Produktion in die USA zu verlagern.

Ifo-Präsident Clemens Fuest beschreibt die US-Zölle als „den größten Angriff auf den Freihandel seit dem Zweiten Weltkrieg“ und hofft, dass es dennoch „kein endgültiger Abschied vom Freihandel“ sei. Die deutsche Wirtschaft leide dreifach: Erstens, weil Deutschland weniger in die USA exportieren kann. Zweitens, weil Deutschland aufgrund der geringeren Wettbewerbsfähigkeit Chinas weniger nach China exportieren kann. Drittens, weil Länder wie China dann stärker auf andere Exportmärkte ausweichen müssen und damit deutsche Unternehmen zusätzlich unter Druck setzen werden.

„Der Handelskrieg ist entfacht“, sagte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), der Agentur Reuters. Die ohnehin geringen Exporterwartungen für 2025 will der Verband weiter senken: „Unsere Prognose von minus 2,7 Prozent war schon historisch düster, wir werden sie im Laufe der nächsten Wochen aber noch deutlich nach unten korrigieren.“

In Deutschland ist eine Debatte ent-

„Wir haben Null-für-Null-Zölle für Industriegüter angeboten. (...) Denn Europa ist immer zu einem guten Deal bereit“, sagte sie auf einer Pressekonzferenz. Doch Trump lehnte ab. Auf die Frage, ob ein entsprechender Vorschlag von Kommissionspräsidentin von der Leyen für ihn ausreichend sei, sagte Trump nur wenige Stunden später vor Journalisten: „Nein, ist er nicht.“

Brüssel setzt weiter auf Verhandlungen und hat geplante Gegenmaßnahmen als Reaktion auf Trumps Einlenken ebenfalls für 90 Tage ausgesetzt. Eigentlich wollte die EU ab Mitte April damit beginnen, bestimmte US-Produkte mit zehn bis 25 Prozent zu besteuern.

Als erstes waren Sonderabgaben auf Jeans und Motorräder vorgesehen. Am 16. Mai sollten Gegenzölle auf Stahl, Fleisch, Obst und Schokolade folgen. Und falls bis Ende 2025 keine Einigung zwischen EU und USA getroffen werden kann, sollten ab dem 1. Dezember Gegenzölle auf Mandeln und Sojabohnen gelten.

Mit diesen Maßnahmen wollte die EU auf Trumps Zölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte reagieren, die bereits seit Mitte März in Kraft sind und weiter gelten. Eine europäische Antwort auf die allgemein höheren US-Zölle von Anfang April stand bisher noch aus. Das könnte sich nun als Vorteil für die EU erweisen.

#### Die EU hat Vergeltungsmaßnahmen gegen US-Digitalfirmen vorbereitet

Trump zeigt sich offen für Verhandlungen mit jenen Ländern, die anders als China nicht sofort Gegenmaßnahmen für die Anfang April verkündeten Zölle ergriffen haben. Auf „Truth Social“ ist nachzulesen, dass sich angeblich bereits über 70 Länder bei US-Institutionen wie dem Handelsministerium und dem Finanzministerium gemeldet hätten, um „eine Lösung für die diskutierten Probleme in Bezug auf Handel, Handelsbarrieren, Zölle, Währungsmanipulation und nicht monetäre Zölle zu finden“. Von Seiten der EU will Italiens Regie-



US-Präsident Donald Trump hat mit Zöllen bis zu 50 Prozent für fast alle Länder einen weltweiten Handelsstreit losgetreten. Die Maßnahmen treffen exportorientierte Länder wie Deutschland besonders hart.

© picture-alliance/Abaca/Pool



Das ist der größte Angriff auf den Freihandel seit dem Zweiten Weltkrieg, aber hoffentlich kein endgültiger Abschied vom Freihandel.

CLEMENS FUEST, IFO-PRÄSIDENT



© Ifo Institut, Elias Hassos

brannt, wie auf die Trump-Zölle reagiert werden soll. Die geschäftsführende Bundesregierung setzt auf Verhandlungen im Rahmen der EU, außerdem solle Deutschland mit einzelnen Staaten gesonderte Handelsabkommen schließen. Bundesfinanzminister Jörg Kukies (SPD) riet dazu, das Mercosur-Freihandelsabkommen schnell zu ratifizieren.

Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament, Bernd Lange (SPD), will sich für ein Abkommen mit Indonesien einsetzen. Das größte Land der südostasiatischen ASEAN-Staaten steht für ein Drittel der regionalen Wirtschaftsleistung und wurde von Trump mit einem Zoll von 32 Prozent belegt. EU-Politiker Lange will im Laufe dieses Monats zu Gesprächen nach Indonesien reisen. In Brüssel versucht die EU-Spitze unterdessen, mit der Trump-Regierung ins Gespräch zu kommen. Anfang dieser Woche bot EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) an, die wechselseitigen Zölle auf Industriegüter auf Null zu senken.

rungschefin Giorgia Meloni am Gründonnerstag nach Washington reisen, um dort mit Trump zu verhandeln. Doch nicht jedem gefällt der Meloni-Besuch in die USA. Vor allem Frankreich reagierte genervt. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat sich für eine härtere Gangart der EU gegenüber den US-Zöllen ausgesprochen. Sein Vorschlag: Die EU soll die Steuern für US-Techkonzerne wie Google, Meta, Microsoft und Amazon drastisch erhöhen. Die Unternehmen verbuchten 2024 Gewinne in Milliardenhöhe, zahlen aber oftmals keine oder nur wenig Steuern in Europa. So lag Microsofts Gewinn im Jahr 2024 nach Steuern bei umgerechnet 73 Milliarden Euro, Amazon kam auf rund 57 Milliarden Euro. Die USA exportieren deutlich mehr Dienstleistungen in die Europäische Union, als sie importieren. „Die Vorbereitungen für weitere Gegenmaßnahmen gehen weiter“, sagte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, und dabei blieben „alle Optionen auf dem Tisch“. *Nina Jeglinski*

## Datenschutzbericht 2024 übergeben

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Louisa Specht-Riemenschneider, dringt darauf, die sich aus der EU-Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI-VO) ergebende nationale KI-Aufsichtsstruktur möglichst zeitnah festzulegen und dabei die bei ihrer Behörde „vorhandene Expertise bestmöglich einzubeziehen“. Nur so könne die Vorbereitung auf die „komplexen mit der KI-Aufsicht einhergehenden Aufgaben gelingen und der Aufbau der erforderlichen Strukturen sichergestellt werden“, heißt es in dem Tätigkeitsbericht der BfDI für das Jahr 2024, den Specht-Riemenschneider am Donnerstag Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) übergab. Darin betont die BfDI, dass ihrer Überzeugung nach die KI-Aufsicht in die Hände der Datenschutzbehörden gehöre.

Zu den weiteren Empfehlungen des gut 150 Seiten umfassenden Berichts zählt unter anderem eine Zusammenlegung von Informationsfreiheitsgesetz und Umweltinformationsgesetz sowie die Weiterentwicklung zu einem „Bundestransparenzgesetz mit proaktiven Veröffentlichungspflichten sowie Anordnungs- und Durchsetzungsbefugnisse für die Informationsfreiheitsbeauftragte, um im Konfliktfall handlungsfähig zu sein“. Wie Specht-Riemenschneider zugleich ausführt, bezieht sich der 33. Tätigkeitsbericht in großen Teilen auf den Zeitraum vor ihrem Amtsantritt am 3. September vergangenen Jahres und gibt damit auch Empfehlungen, die bereits vor ihrer Amtsperiode ausgesprochen worden seien. sto

## Ausstellung zu DDR-Häftlingen

Eine neue Ausstellung im Bundestag widmet sich dem Schicksal politischer Häftlinge in der DDR. Gezeigt werden Werke des Fotografen und ehemaligen Stasi-Häftlings André Wagenzik. Unter dem Titel „Staatssicherheitsinhaftierung/Portrait 2023-2024“ präsentiert der Künstler in seiner Ausstellung hundert Schwarz-Weiß-Porträts ehemaliger politischer Häftlinge der DDR, deren Schicksale von Stasi-Willkür, Zwangsarbeit und zerstörten Lebensläufen geprägt waren. „Lieber Herr Wagenzik, Sie geben den Menschen ein Gesicht und einen Namen, nachdem sie im Gefängnis außerhalb der Vernehmungen nur mit einer Nummer angesprochen wurden“, sagte Bundestagspräsidentin Julia Klöckner zur Eröffnung der Fotoausstellung am vergangenen Dienstag. Den Blicken der 100 Augenpaare, die auf den Portraits die Besucher ansehen, könne man nicht ausweichen. Sie stünden stellvertretend für die vielen Menschen, die aus politischen Gründen von der Staatssicherheit der DDR inhaftiert wurden. „Menschen, die in der DDR unter Einsatz ihrer eigenen Freiheiten für die Grundlagen unserer Demokratie gekämpft haben. Deshalb gehört diese Ausstellung hierher, in den Deutschen Bundestag, in das Herz unserer Demokratie!“, betonte Klöckner. Die Christdemokratin richtete ihre Worte auch an die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Publikum: „Wir vergessen nicht.“

Die Ausstellung wird vom 9. April bis zum 7. Mai 2025 in der Halle des Paul-Löbe-Hauses gezeigt. Sie kann montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr besucht werden. mtt



Volles Haus bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags: Mit großer Spannung verfolgten die Zuschauer im Paul-Löbe-Haus die Erläuterungen der vier Parteichefs.

© picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

### Koalitionsvertrag vorgelegt

# Aufbruch in turbulenten Zeiten

Union und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Die Kanzlerwahl könnte Anfang Mai stattfinden

Das Paul-Löbe-Haus war gerammelt voll, die Stimmung fast schon ausgelassen, als die Parteichefs von CDU, CSU und SPD am Mittwoch im Bundestag vor die Presse traten, um den Koalitionsvertrag zu präsentieren. Es wurde geholt und geklatscht, insbesondere während der launigen Rede von CSU-Chef Markus Söder, der in seiner typisch schnoddrigen Art zu dem 146 Seiten starken Koalitionspapier mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ knapp feststellte: „Das passt schon.“

Die vier Parteichefs Friedrich Merz (CDU), Söder (CSU), Lars Klingbeil und Saskia Esken (beide SPD) wirkten erleichtert, nach vier Wochen intensiver Verhandlungen ein Ergebnis vorlegen zu können. Die Parteichefs lächelten und sparten nicht mit gegenseitigem Lob. Klingbeil sagte: „Es ist Vertrauen gewachsen.“ In den Tagen zuvor hatte die sogenannte 19er Runde mit den Parteichefs in wechselnden Besetzungen und teilweise langen Sitzungen über schwierige Punkte verhandelt. Die Einigung kam letztlich sogar etwas früher als gedacht.

### Zeitdruck für die neue Regierung durch internationale Konflikte

Vermutlich hat die Zuspitzung des von den USA ausgehenden globalen Zollkonflikts in dieser Woche zur Beschleunigung der Gespräche beigetragen (siehe Seite 11). Auf dem internationalen Parkett hoffen die verantwortlichen Politiker, dass Deutschland sich möglichst schnell mit einer neuen Bundesregierung substantiell an der Problemlösung beteiligt. Die künftigen Koalitionäre standen unter Zeitdruck, die Erwartungen an einen großen Wurf waren enorm. Für Merz steht sogar noch mehr auf dem Spiel: An der Parteibasis rumort es, ihm wird mit Blick auf die Lockerung der Schuldenbremse und das Sondervermögen „Wahlbetrug“ vorgeworfen. Die Junge Union trat in dieser Woche ungewohnt rebellisch auf und drohte, den Koalitionsvertrag abzulehnen, sollte der versprochene Politikwechsel ausbleiben. Dass die AfD in Umfragen zur Union aufgeschlossen hat, sorgt bei den Christdemokraten zusätzlich für Unbehagen. Anders als während der Beratungen der 16 Facharbeitsgruppen hielten sich in der zweiten Phase der Verhandlungen die Teilnehmer in den

zurückliegenden zwei Wochen an die vereinbarte Vertraulichkeit. Umso größer war die Spannung, auf was sich die Unterhändler verständigt haben könnten.

Nicht alle Geheimnisse wurden gelüftet. Der Koalitionsvertrag beinhaltet zwar bereits eine Aufteilung der Ministerien auf die drei Parteien, aber

» Hinter uns liegt ein hartes Stück Arbeit, aber vor uns liegt ein starker Plan.

FRIEDRICH MERZ (CDU)

noch keine Personalien. Klingbeil wies darauf hin, dass die Entscheidung darüber, wer Minister oder Ministerin wird, erst nach dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag getroffen und verkündet werden solle. Fest steht, dass die SPD sieben Ministerien bekommt, die CDU sechs plus Kanzleramtsminister und die CSU drei.

Die SPD soll die Ministerien für Finanzen, Justiz und Verbraucherschutz, Arbeit und Soziales, Verteidigung, Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bekommen. An die CDU gehen die Ressorts Wirtschaft und Energie, das Auswärtige Amt, Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gesundheit, Ver-

kehr sowie das neue Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Die CSU übernimmt das Innenressort, Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie Ernährung, Landwirtschaft und Heimat.

### Deutschland soll reformiert und modernisiert werden

Die Parteichefs sprachen bei der Vorstellung der Koalitionspapiere von einem Aufbruchsignal in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Zeiten. Sie versprachen, Deutschland zu reformieren und zu modernisieren und dabei das Wohl der Bürger im Blick zu haben. Merz sagte: „Hinter uns liegt ein hartes Stück Arbeit, aber vor uns liegt ein starker Plan, mit dem wir unser Land gemeinsam wieder nach vorne bringen können.“ Deutschland bekomme eine „handlungsfähige und handlungsstarke Regierung“.

Die neue Bundesregierung werde reformieren und investieren. Europa könne sich dabei auf Deutschland verlassen. Der Koalitionsvertrag beinhalte Instrumente zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsanreize und Steuerentlastungen. Laut Merz ist auch ein neuer Kurs in der Migrationspolitik vorgesehen. Das Ziel sei, besser zu ordnen und zu steuern und die irreguläre Migration zu beenden.

SPD-Chef Klingbeil sagte, es gehe darum, Brücken zu bauen und eine stabile Regierung zu bilden. Das zusätzliche Geld durch das Sondervermögen müsse sinnvoll für die Moderni-

sierung der Infrastruktur eingesetzt werden. Er betonte: „Die Bagger müssen arbeiten, und die Fax-Geräte müssen entsorgt werden.“ Familien würden in den Mittelpunkt gerückt und auch die Rechte von Bürgern mit Migrationsgeschichte geschützt. „Wir ordnen und steuern Migration mit klaren Regeln.“ Klingbeil sagte: „Die Ausgangslage war schwierig, aber das Ergebnis kann sich sehen lassen.“ CSU-Chef Söder versicherte: „Diese Koalition ist keine, die belehrt oder erzieht.“ Er räumte ein, dass die Verhandlungen schwierig gewesen seien. „Das war schon ein dickes Brett, das es zu bohren galt.“ Der Aufwand habe sich aber gelohnt. Der Koalitionsvertrag sei die Antwort auf die Probleme der Zeit. „Jeder Satz ist Politik pur.“ In der Migrationspolitik sei ein Richtungswechsel gelungen. Von einer Liebesheirat der Koalitionäre wollte Söder freilich nicht sprechen. „Liebe vergeht, Hektar besteht.“

### Auch der Finanzierungsvorbehalt steht im Koalitionsvertrag

Die SPD-Co-Vorsitzende Esken sagte: „Wir haben gründlich und hart verhandelt.“ Ein Ziel habe darin bestanden, eine wirtschaftliche Dynamik zu entfachen, die auch den Beschäftigten und ihren Familien zugute komme. Zudem wolle das Regierungsbündnis dafür sorgen, dass Wohnen wieder bezahlbar werde. Die Stabilisierung des Rentenniveaus solle Sicherheit vermitteln. Das Deutschlandticket werde fortgesetzt. Der Sparzwang ist mit dem Sondervermögen geblieben. Im Koalitionspapier ist vermerkt: „Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.“

Noch ist die Regierungsbildung nicht vollbracht. Der Koalitionsvertrag muss von den Parteigremien gebilligt werden. Bei der CDU entscheidet ein kleiner Parteitag, bei der CSU hat die Parteispitze schon zugestimmt, die SPD plant einen Mitgliederentscheid. Die Kanzlerwahl könnte dem Vernehmen nach am 7. Mai anstehen. Die Opposition ließ kein gutes Haar an dem Koalitionspapier. Die AfD beklagte, die Migrationswende werde zu den Akten gelegt. Die Grünen rügten, die Koalition habe auf keine der großen Krisen eine Antwort. Und auch die Linke kam zu dem Schluss, SPD und Union fehlten „echter Gestaltungswille und der Mut für echte Verbesserungen“. Claus Peter Kosfeld

### WAS DIE KOALITION PLANT

» **Wirtschaft** Zur Entlastung von Firmen sollen Abschreibungsregeln angepasst werden. Ab 2028 soll die Körperschaftsteuer schrittweise sinken. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wird abgeschafft. Die Stromsteuer und die Netzentgelte werden reduziert, ein Industriestrompreis wird eingeführt.

» **Soziales** Das Rentenniveau von 48 Prozent soll bis 2031 gesetzlich festgeschrieben werden. Die Mütterrente soll mit drei Rentenpunkten für alle gelten. Das Bürgergeld wird mit verschärften Regeln zu einer neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende umgestaltet.

» **Migration** Anreize, in die Sozialsysteme einzuwandern, sollen reduziert werden. Migration soll geordnet und gesteuert und die irreguläre Migration zurückgedrängt werden. Ein Ziel ist die Begrenzung der Migration. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird ausgesetzt. Es soll Grenzkontrollen sowie Zurückweisungen auch bei Asylgesuchen geben. Das Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet.

## Weg ins Kanzleramt

## So funktioniert die Kanzlerwahl

Vom Vorschlagsrecht bis zur Vereidigung: Die Wahl folgt einem klaren Verfahren, das Verantwortung verteilt – und Demokratie sichtbar macht

Die Kanzlerwahl ist ein Verfahren mit klaren Regeln, bei dem das Staatsoberhaupt den Takt vorgibt und das Parlament das Verfahren führt. Die Wahl des Bundeskanzlers ist eine der ersten Aufgaben des neu gewählten Bundestages. Allerdings kann das Parlament den ersten Schritt nicht selbst tun: Nach Artikel 63 Absatz 1 des Grundgesetzes gibt der Bundespräsident den Startschuss. Er ist es, der dem Parlament einen Kandidaten vorschlägt, über den die Abgeordneten in geheimer Wahl abstimmen.

## Warum die »Kanzlermehrheit« nötig ist

Wen der Bundespräsident vorschlägt und wann er das tut, liegt in seinem Ermessen – eine feste Frist nennt das Grundgesetz nicht. Das Staatsoberhaupt schlägt aber eine Person vor, von der er annimmt, dass sie eine Mehrheit im Bundestag findet, in der Regel also die Kanzlerkandidatin oder den Kanzlerkandidaten einer Partei. Bei sehr langen oder gescheiterten Koalitionsverhandlungen kann er mit einem Vorschlag auch das Wahlverfahren in Gang setzen. Der vorgeschlagene Kandidat benötigt die absolute Mehrheit der Stimmen des Parlaments. Das heißt: Mehr als die Hälfte aller gewählten Abgeordneten im Bundestag müssen für den Kandidaten stimmen. Momentan sind das 316 Stimmen. Diese »Kanzlermehrheit« gilt als Ausdruck stabiler Regierungsfähigkeit und soll verhindern, dass ein Kanzler

mit wechselnden Mehrheiten oder rein zufällig ins Amt kommt.

## Drei Wahlphasen sind bei der Kanzlerwahl möglich

Die Kanzlerwahl kann aus bis zu drei Wahlphasen bestehen – bisher hat in der Geschichte der Bundesrepublik immer die erste Phase ausgereicht. Die Wahl des Bundeskanzlers durch die Abgeordneten findet ohne vorherige Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln statt – also geheim. Nach der Geschäftsordnung des Bundestages dürfen die Stimmzettel erst vor Betreten der Wahlkabine ausgegeben werden. Die Abgeordneten werden zur Wahl namentlich aufgerufen. In der ersten Wahlphase benötigt der Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen, es gibt nur einen Wahlgang. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, folgt eine zweite Wahlphase. Der Bundestag hat dann zwei Wochen Zeit, um diese Person oder eine andere Kandidatin oder einen anderen Kandidaten zum Kanzler zu wählen. Der Vorschlag für einen Kandidaten muss aus dem Bundestag kommen. Die Zahl der Wahlgänge ist nicht begrenzt. Auch dann ist die absolute Mehrheit erforderlich. Scheitern auch diese Versuche in den 14 Tagen, muss in einer dritten Phase »unverzüglich« ein neuer Wahlgang stattfinden. Um gewählt zu werden, reicht dann die relative Mehrheit: Gewählt ist, wer die meisten abgegebenen Stimmen erhält. Nun ist der Bundespräsident wieder am Zug: Ist die absolute Mehrheit er-



Bevor hier Platz genommen werden kann, ist viel Vorarbeit nötig.

© DBT/ Stella von Saldern

reicht, muss das Staatsoberhaupt die gewählte Person zum Bundeskanzler ernennen. Wird die Mehrheit verfehlt, kann er den Gewählten entweder ernennen oder er löst den Bundestag auf und ruft Neuwahlen aus – in diesem Fall muss innerhalb von 60 Tagen neu gewählt werden.

## Vereidigung im Bundestag, Ernennung im Bundespräsidialamt

Kommt die Mehrheit zustande, wird der Kandidat von der Bundestagspräsidentin vereidigt. Er leistet den folgenden Amtseid: »Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen

mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.« Auf das Glaubensbekenntnis kann auch verzichtet werden. Mit der Aus-

händigung der Ernennungsurkunde durch den Bundespräsidenten beginnt die Amtszeit. Der Kanzler hat dann die Möglichkeit, seine Bundesministerinnen und -minister vorzuschlagen, um eine Regierung zu bilden. Welche Ministerien es geben wird und wer welchen Posten übernimmt, haben die Parteien festgelegt beziehungsweise ver-

handelt. Auch alle Ministerinnen und Minister müssen vor dem Bundestag vereidigt und vom Bundespräsidenten ernannt werden. Gewählt werden sie nicht.

Zwar wurde bisher die erforderliche Kanzlermehrheit immer in der ersten Wahlphase erlangt, einige Male wurde es aber auch richtig eng. Zum Beispiel bei der Wahl des ersten Kanzlers, Konrad Adenauer (CDU). Er erhielt bei seiner Wahl im September 1949 genau die Anzahl an Stimmen, die er benötigte. Auch bei der Kanzlerwahl von Helmut Schmidt (SPD) im Dezember 1976 fiel das Ergebnis sehr knapp aus: Er erhielt nur eine Stimme mehr als nötig.

## Auch die Abwahl ist ausschließlich dem Parlament vorbehalten

Das Parlament ist allerdings nicht nur für die Wahl des Kanzlers zuständig. Auch die Abwahl des Bundeskanzlers ist nur durch das Parlament möglich. Wenn die Abgeordneten dem Kanzler nicht länger vertrauen, können sie ihm das Misstrauen aussprechen. Beim sogenannten konstruktiven Misstrauensvotum müssen sie sich auf einen Nachfolger einigen, der von der absoluten Mehrheit gewählt werden muss. Gelingt dies, entlässt der Bundespräsident den amtierenden Kanzler und ernennt den Nachfolger. Tritt ein Bundeskanzler zurück, muss der Bundestag einen neuen Kanzler wählen. Bis dahin führt der alte Kanzler die Geschäfte weiter – das Parlament bleibt also immer in der Verantwortung.

Lisa Brüller

## PERSONALIA

## Gerd Poppe †

**Bundestagsabgeordneter 1990-1998, Bündnis 90/Die Grünen**

Am 29. März starb Gerd Poppe im Alter von 84 Jahren. Der Diplom-Physiker aus Berlin engagierte sich seit 1968 in der Oppositionsbewegung der DDR. Dabei stand er unter fortwährender Beobachtung, wurde wiederholt verhaftet und in seiner Berufsausübung behindert. 1985 zählte er zum Gründerkreis der »Initiative Frieden und Menschenrechte« und war 1989/90 deren Sprecher am »Zentralen Runden Tisch«. Der Regierung Modrow gehörte er 1990 kurz als Minister ohne Geschäftsbereich an und war von März bis Oktober Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Im Bundestag war Poppe von 1994 bis 1998 Außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion und betätigte sich im Auswärtigen Ausschuss. Von 1998 bis 2003 amtierte er als erster Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe. In Nachrufen wurde Poppe als »Vordenker der Freiheitsrevolution von 1989« gewürdigt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier betonte, dass er über Jahrzehnte mit seinem aufrechten politischen Engagement und seiner klaren Haltung ein Vorbild für viele Menschen gewesen sei. Deutschland verliere mit ihm eine wirkmächtige, mutige und beeindruckende politische Persönlichkeit und einen Vorkämpfer für Demokratie und Menschenrechte.

## Hans-Peter Repnik †

**Bundestagsabgeordneter 1980-2005, CDU**

Am 5. April starb Hans-Peter Repnik im Alter von 77 Jahren. Der Rechtsanwalt aus Radolfzell war von 1991 bis 2001 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Südbaden, gehörte von 1985 bis 2000 dem Präsidium in Baden-Württemberg an und saß von 1992 bis 2002 im CDU-Bundesvorstand. Von 1989 bis 1994 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion von 1994 bis 1998 wirkte im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Finanz- sowie zuletzt im Wirtschaftsausschuss mit. Von 1998 bis 2002 war er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion.

## Georg Gölder †

**Bundestagsabgeordneter 1969-1977, CDU**

Georg Gölder starb Anfang April im Alter von 86 Jahren. Der Oberstudienrat aus Speyer trat 1958 der CDU bei. Von 1968 bis 1977 war er dort Kreisvorsitzender, stand von 1975 bis 1993 an der Spitze des Bezirksvorstands Rheinhesen-Pfalz und gehörte dem CDU-Landesvorstand an. Gölder wirkte im Bundestag im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit. Von 1977 bis 1981 war er Minister für Soziales, Gesundheit und Umwelt in Rheinland-Pfalz und danach bis 1991 Kultusminister. Von 1979 bis 2006 gehörte er dem rheinland-pfälzischen Landtag an.

## ELLEN OLMS

**Bundestagsabgeordnete 1987-1989, Die Grünen**

Ellen Olms wird am 17. April 75 Jahre alt. Die Industriekauffrau aus Berlin schloss sich 1978 der dortigen Alternativen Liste an und amtierte von 1981 bis 1985 als Vorsitzende im Bezirk Tiergarten. 1988/89 war sie stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion. Olms gehörte dem Innen- sowie dem Finanzausschuss an.

## Detlef Helling

**Bundestagsabgeordneter 1996-1998, 2002, CDU**

Detlef Helling wird am 20. April 75 Jahre alt. Der Kaufmann und Betriebswirt aus Bielefeld trat 1974 der CDU bei, war dort von 1984 bis 2020 Ratsherr und von 1999 bis 2014 ehrenamtlicher Erster beziehungsweise Zweiter Bürger-

## 29.3. 2025

meister. Helling gehörte dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Finanzausschuss an.

## Claire Marienfeld-Czesla

**Bundestagsabgeordnete 1990-1995, CDU**

Am 21. April vollendet Claire Marienfeld-Czesla ihr 85. Lebensjahr. Die pharmazeutisch-technische Assistentin aus Detmold trat 1976 der CDU bei und gehörte zeitweise dem nordrhein-westfälischen Landesvorstand an. Von 1978 bis 1991 war sie Ratsfrau in Detmold und von 1988 bis 1991 stellvertretende Bürgermeisterin. Marienfeld-Czesla, die sich im Verteidigungsausschuss engagierte, amtierte von 1995 bis 2000 als Wehrbeauftragte des Bundestags. Sie war die erste Frau in diesem Amt.

## Bärbel Rust

**Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen**

Bärbel Rust wird am 22. April 70 Jahre alt. Die Software-Entwicklerin aus Bonn schloss sich 1984 den Grünen an und gehörte, zuvor in Ansbach wohnhaft, zeitweise dem Bezirksvorstand Mittelfranken an. Von 1987 bis 1988 amtierte sie zusammen mit Waltraud Schoppe und Thomas Ebermann als Sprecherin ihrer Fraktion. Rust war Mitglied des Haushalts- sowie des Forschungsausschusses.

## Ilse Janz

**Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD**

Ilse Janz begeht am 23. April ihren 80. Geburtstag. Die Angestellte aus Bremen trat 1967 der SPD bei, war von 1988 bis 1991 dortige Landesvorsitzende und gehörte von 1993 bis 1998 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1986 bis 1990 war sie Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Janz, von 1993 bis 1998 Mitglied des Fraktionsvorstands und von 1998 bis 2002 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion, wirkte im Sport- sowie im Landwirtschaftsausschuss mit. Außerdem gehörte sie dem Gemeinsamen Ausschuss an.

## Maria Böhmer

**Bundestagsabgeordnete 1990-2017, CDU**

Maria Böhmer wird am 23. April 75 Jahre alt. Die Professorin für Erziehungswissenschaften aus Mainz trat 1985 der CDU bei, gehörte von 1994 bis 2018 dem Bundesvorstand und von 2006 bis 2009 dem CDU-Präsidium an. Von 2001 bis 2015 stand sie an der Spitze der Frauen Union. Von 2005 bis 2013 war Böhmer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Von 2013 bis 2018 amtierte sie als Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Im Bundestag wirkte sie vor allem im Familienausschuss mit und war von 2000 bis 2005 stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

## Marion Caspers-Merk

**Bundestagsabgeordnete 1990-2009, SPD**

Am 24. April wird Marion Caspers-Merk 70 Jahre alt. Die Kommunalwissenschaftlerin aus Efringen-Kirchen/Kreis Lörrach ist seit 1972 SPD-Mitglied und gehörte von 2005 bis 2007 dem Parteivorstand an. Von 2002 bis 2009 war sie Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und von 2001 bis 2005 zudem Drogenbeauftragte der Bundesregierung. Caspers-Merk, die von 1997 bis 2002 dem Vorstand ihrer Fraktion angehörte, engagierte sich im Umweltausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

## Jochen Borchert

**Bundestagsabgeordneter 1980-2009, CDU**

Am 25. April begeht Jochen Borchert seinen 85. Geburtstag. Der vielfältig in landwirtschaftlichen Organisationen engagierte Landwirt aus Bochum

## 85 JAHRE

## 70 JAHRE

## 80 JAHRE

## 75 JAHRE

## 70 JAHRE

## 85 JAHRE

schloss sich 1965 der CDU an und war von 1977 bis 2001 Kreisvorsitzender. Von 1993 bis 2003 war er Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Seit 1981 engagierte sich Borchert zumeist im Haushaltsausschuss und war von 1989 bis 1993 haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von 1993 bis 1998 amtierte er in der Nachfolge Ignaz Kiechles (CSU) als Bundeslandwirtschaftsminister. In seiner Amtszeit vollzog sich die Hinwendung zur marktorientierten und nachhaltigen Landwirtschaft.

## Kurt Bodewig

**Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD**

Kurt Bodewig wird am 26. April 70 Jahre alt. Der Kaufmann aus Grevenbroich trat 1973 der SPD bei, war von 1995 bis 2005 Vorsitzender des Kreisverbands Neuss und stand von 2002 bis 2004 an der Spitze der SPD-Region Niederrhein. Von 2001 bis 2005 gehörte er dem Bundesvorstand seiner Partei an. Bodewig war 2000 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und stand von November 2000 bis Oktober 2002 in der Nachfolge Reinhard Klimmerts an der Spitze des Ministeriums. In seiner Amtszeit wurde auf Bundesautobahnen die Maut auf Lastkraftwagen eingeführt. Von 2006 bis 2009 war er Mitglied des Europarats.

## Manfred Nink

**Bundestagsabgeordneter 2009-2013, SPD**

Manfred Nink begeht am 27. April seinen 75. Geburtstag. Der technische Beamte aus Kenn/Kreis Trier-Saarburg trat 1969 der SPD bei und stand von 2002 bis 2010 an der Spitze des Kreisverbands Trier-Saarburg. Von 2004 bis 2014 gehörte er dem Kreistag Trier-Saarburg und von 2001 bis 2009 er dem Landtag in Rheinland-Pfalz an. Nink arbeitete im Bundestag im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

## Detlev Pilger

**Bundestagsabgeordneter 2013-2021, SPD**

Am 29. April wird Detlev Pilger 70 Jahre alt. Der Berufsschullehrer war stellvertretender Vorsitzender des Koblenzer Stadtverbands der SPD und gehört aktuell dem dortigen Stadtrat an. Im Bundestag engagierte er sich im Sportausschuss und im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

## Manfred Scherrer

**Bundestagsabgeordneter 1987-1990, SPD**

Am 6. Mai begeht Manfred Scherrer seinen 85. Geburtstag. Der Verlagskaufmann aus Neuwied wurde 1962 SPD-Mitglied, war Vorsitzender des Unterbezirks Neuwied-Altenkirchen sowie Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Rheinland/Hessen-Nassau. Von 1975 bis 1987 gehörte er dem rheinland-pfälzischen Landtag an. Scherrer, der seit 1969 kommunalpolitisch aktiv, war von 1990 bis 2000 Oberbürgermeister Neuwieds. Im Bundestag wirkte er im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

## Reinhold Strobl

**Bundestagsabgeordneter 1999-2002, SPD**

Reinhold Strobl wird am 10. Mai 75 Jahre alt. Der Industriekaufmann aus Schnaittenbach/Kreis Amberg-Regen schloss sich 1967 der SPD an, wurde 1983 dort Kreisvorsitzender und gehörte dem SPD-Bezirksvorstand Oberpfalz an. 1978 wurde er erstmals Stadtrat und gehört seit 1984 dem Kreistag Amberg-Sulzbach an. Im Bundestag engagierte sich Strobl, der für Günter Verheugen nachrückte, im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit. Von 2005 bis 2018 war er Mitglied des Bayerischen Landtags.

bmh

## Emigration und Exil

## Ein unglückliches, verrutschtes Leben

Wolfgang Benz hat mit »Exil« eine umfassende Gesamtdarstellung der Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland verfasst

Die Porträtierung von prominenten und auch im Exil erfolgreichen Geistesgrößen wie Thomas Mann, Lion Feuchtwanger oder Albert Einstein, die Deutschland angesichts der nationalsozialistischen Diktatur verließen, hat ein „Trugbild“ entstehen lassen, das den Blick für die Mehrheit der Exilanten verstellt hat. Dies ist eine der grundlegenden Botschaften, die der Historiker Wolfgang Benz in seinem Buch „Exil“ vermittelt. Exil sei für die allermeisten Verlust, Unwillkommensein, Verzweiflung, Armut, harter Überlebenskampf gewesen. Oder mit den Worten der nach Holland geflüchteten Schriftstellerin Grete Weil ausgedrückt: „Emigration ist nicht der Sturz aus der eigenen Klasse in eine tiefere. Emigration ist Fallen ins Bodenlose.“

Dieser Erkenntnis folgend setzt Benz den Schwerpunkt seiner Darstellung nicht in der Beschreibung schillernden Lebens in kalifornischen oder südfranzösischen Villen, sondern bei den nicht so bekannten Exilanten und der Analyse politischer und sozialer Strukturen: Was führte zur Auswanderung? Wie konnte ein erhoffter Rettungsort erreicht werden? Wie gelang das Leben im Exil?

Der langjährige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung beginnt mit einem Kapitel über politische Emigration im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik. Menschen, die gegen „nationalistischen Taumel und Kriegsgebrüll“ argumentierten, sei „chauvinistischer Hass“ entgegengeschlagen. Benz stellt klar: Diese Emigration konnte selbst bestimmter Entschluss sein, während die spätere erzwungene Emigration der Juden immer Vertreibung gewesen sei.

## Auswanderung war das Gebot der Stunde ab 1933

Das Deutschland Hitlers machte es sich zum Ziel, den Juden das Leben so schwer wie möglich zu machen, um möglichst viele aus dem Land zu zwingen. Demütigungen, Schikanen und Existenzzerstörungen nahmen schrittweise zu, angefangen vom Boykott jüdischer Geschäfte 1933 über die Entrechtung durch die Nürnberger Rassengesetze 1935 bis

**Jüdische Kinder aus Wien winken bei ihrer Ankunft in New York der Freiheitsstatue zu. Mit dem Passagierschiff „S.S. Präsident Harding“ kamen am 3. Juni 1939 insgesamt 50 jüdische Kinder in die USA, um dort von amerikanischen Familien adoptiert zu werden.**

© picture alliance/SZ Photo



hin zur Reichspogromnacht 1938 mit verwüsteten Geschäften, brennenden Synagogen und mindestens 26.000 festgenommenen jüdischen Männern. Bei den Erniedrigungen hätten Länderregierungen und lokale Akteure proaktiv viel Erfindungsreichtum gezeigt. Kein Turnverein, kein Sängerbund, kein Wanderclub habe Juden ausschließen müssen, schreibt Benz: „Aber alle taten es.“ Die nach der „Reichskristallnacht“ Festgenommenen wurden in Konzentrationslagern sadistisch gequält, um das Bemühen um Ausreise zu forcieren. Vielen Juden, die lange gezögert hatten, sei endgültig klar geworden: Auswanderung ist das Gebot der Stunde.

Gleichzeitig wurden Ausreisen durch schwer zu erlangende Formalia wie Bürgschaften, Vermögenshinterlegungen, Visa, Gebühren, Verschleppungen von deutscher Seite auch gebremst – was eine verzweifelte Lage schaffte. Und die anvisierten Exilländer streckten den Juden aus Deutsch-

land keineswegs offene Arme aus. Der Verleger Alfred Heller schrieb: „Alle Länder ohne Ausnahme haben ihre Grenzen gesperrt. Man fürchtet Überfremdung.“ Mit solchen Argumenten, die auch heute gegen Migration angeführt werden, sei damals eine großzügige Asylpolitik verhindert worden.

Wer in meist völlig überfüllten Transportmitteln das Zielland erreicht hatte, stieß wie in Frankreich auf viel Bürokratie und Reserviertheit, in der Sowjetunion auf den Terror der Säuberungen von 1936/37 oder landete in New York ausgegrenzt in „Germantown“ im Existenzkampf der einfachen Leute. Die große Not der Mehrheit konnte auch durch die Hilfsbereitschaft einzelner Menschen und Organisationen nur wenig gelindert werden. Zudem war es aufgrund des deutschen Eroberungskriegs oft nicht die letzte Station der Odyssee. Relativ großzügig ließen Mexiko und die Tschechoslowakei Flüchtlinge einrei-

sen, für Shanghai wurde nicht mal ein Visum benötigt und Großbritannien rettete 10.000 jüdische Mädchen und Jungen mit Kindertransporten.

## Schiffsunglücke, Irrfahrten und Zurückweisungen

Die Lage wurde mit dem Auswanderungsverbot vom Herbst 1941 noch verheerender, jetzt wurde endgültig auf physische, systematisch organisierte Ausrottung gesetzt. Nun war nur noch illegale Flucht – beispielsweise organisiert von der zionistischen Haganah in Palästina – möglich, die jedoch häufig durch Schiffsunglücke, Irrfahrten und Zurückweisungen unglücklich endete. Als Autor etlicher Bücher über Hitlerdeutschland hat Benz auch das ganze Elend zusammenfassende Lebensberichte ausgewertet. Die nach Haifa geflüchtete Jüdin Ima leidet unter Heimweh und Schwermut: ein „unglückliches, verrutschtes Leben“. Die

Dichterin und Malerin Etel Adnan konstatiert: „Exiliert zu sein heißt, besiegt, geschlagen zu sein.“ Exil ende, wenn Integration aus dem Gast einen Bürger mache – mit all den beidseitigen Anforderungen, die das bedeute, schreibt Benz, und: Die Hunderttausenden Bürger in Deutschland, die gegen „Remigration“ und für Demokratie, Toleranz und Humanität demonstrieren, hätten die richtige Erkenntnis aus der Geschichte des Exils gezogen.

Ulrike Schuler ■



**Wolfgang Benz:**  
**Exil.**  
**Geschichte einer Vertreibung 1933-1945.**

**C.H. Beck,**  
**München 2025;**  
**407 S., 36,00 €**

## KURZ REZENSIIERT

## »Wir sind keine Kinder verknöcherteter Gemeinschaften«

Die Geografie ist eine häufig unterschätzte Basis für politisches Handeln. So spielt in der Debatte um die Erweiterung der Europäischen Union eine wichtige Rolle, wie sich der Kontinent räumlich und kulturell definiert. Ist Europa überhaupt ein eigenständiger geografischer Raum? Oder handelt es sich, despektierlich ausgedrückt, um eine kleinteilig zerklüftete Halbinsel der asiatischen Landmasse? Gehören Russland oder die Türkei noch dazu?

Die nördliche Küste Afrikas war in der Antike ein Teil der von Griechen und Römern beherrschten Mittelmeerregion. Orientiert man sich aber an den topografischen Gegebenheiten oder an den vorherrschenden Tier- und Pflanzenarten, bildet eher die Sahara-Wüste eine natürliche Schranke. Noch ein Beispiel: Sind Nord- und Südamerika ein gemeinsamer Kontinent oder haben beide einen eigenständigen geografischen Charakter? Was ist mit der Antarktis oder mit Ozeanien? Wie unabhängig sind solche Grenzbeziehungen?



**Paul Richardson:**  
**Mythen der Geografie.**  
**Acht Irrtümer über die Welt, in der wir leben.**

**Piper,**  
**München 2025;**  
**320 S., 22,00 €**

Paul Richardson, Professor für Humangeografie an der Universität Birmingham, skizziert „acht Irrtümer über die Welt, in der wir leben“. Viele unserer räumlichen Imaginationen, so der Wissenschaftler, erscheinen zunächst eindeutig, bei näherer Betrachtung jedoch entpuppen sie sich als Mythen: „Sie bilden die Welt nicht so ab, wie sie tatsächlich ist, sondern lediglich eine Vorstellung von ihr.“ Und das hat Folgen. In Bezeichnungen wie „Ukraine“ oder auch „Krajina“, einer im Jugoslawien-Krieg stark umkämpften Region, stecken ins Deutsche über-

setzt Wörter wie „Ende“ oder „Rand“. Beide Begriffe markieren schon sprachlich eine Grenze, eine kulturelle Scheidelinie zwischen West und Ost, zwischen Katholizismus und Orthodoxie. Vor allem an solchen geografischen Schnittstellen kommt es immer wieder zum Streit, im schlimmeren Fall auch zu militärischen Auseinandersetzungen.

Richardsons Blick ist nicht vorrangig politisch. Er ergreift keine Partei, liefert eher anregende Beispiele, originelle Geschichten und spannende Anekdoten. Sein interdisziplinärer Blick geht über die Geografie weit hinaus. Und er schreibt in bester angelsächsischer Tradition in einem populären, gut verständlichen Stil. Sein Fazit: „Wir sind keine Kinder unveränderter, verknöcherteter, in der Zeit gefangener Gemeinschaften – was uns dazu drängen sollte, den kulturellen Reichtum und die unzähligen Bräuche und Verbindungen innerhalb und jenseits unserer ‚nationalen‘ Grenzen in den Vordergrund zu stellen.“

Thomas Gesterkamp ■

Anzeige

## 7. Oktober und die Folgen Antisemitismus ohne Grenzen



Olaf Glöckner | Günther Jikeli [Hrsg.]  
**Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023**

2025, 316 S., geb., 29,- €  
ISBN 978-3-487-16727-5  
E-Book 978-3-487-42499-6

Seit dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 treten Antisemitismus und Israelhass wieder unübersehbar zutage. Renommiertere Forscher zeigen hier, wie weit der Antisemitismus inzwischen in viele gesellschaftliche Milieus vorgedrungen ist, welche verheerenden Auswirkungen auf die Gesellschaft dies hat und unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf.

**eLibrary** nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter  
**nomos-shop.de/olms**  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**GEORG OLMS**  
VERLAG

# GASTKOMMENTARE: ZOLL-DEALS MIT TRUMP?

## Verhandeln, was denn sonst?

### PRO



Markus Grabitz © Privat

Der beste Deal für die EU wäre, ein Freihandelsabkommen mit den USA abzuschließen. Zur Zeit der Obama-Regierung verhandelte die EU-Kommission, die für die Mitgliedstaaten die Handelspolitik macht, genau darüber mit Washington. Im Interesse der Europäer wäre ein Freihandelsabkommen, das möglichst viele Bereiche umfasst, Industrie ebenso wie Agrarprodukte, aber auch Dienstleistungen, wozu etwa auch die umfangreich genutzten Angebote von Netflix, Meta und anderer Techgiganten gehören. Die Dienstleistungen sollten unbedingt in die Verhandlungsmasse einbezogen werden, weil die Europäische Union hier ein Defizit hat. Im Idealfall einigen sich beide Seiten darauf, im gegenseitigen Austausch keine oder so gut wie keine Zölle zu erheben und nichttarifäre Handelshemmnisse wie unterschiedliche Standards zu beseitigen. Da Donald Trump das entsprechende Angebot bereits ausgeschlagen hat, sollte die EU jetzt den Boden für Verhandlungen bereiten. Dazu gehört, dass sich die EU wohl dosiert gegen das von Trump angerichtete Zoll-Desaster wehrt. Die ersten Gegenmaßnahmen, zunächst gegen Stahl, sind so ausgefallen, dass sie nicht den europäischen Verbrau-

cher treffen, sondern den USA wehtun. Wie das Beispiel China zeigt, sollte sich die EU davor hüten, gegenüber den USA in eine Eskalationsspirale bei Zöllen einzusteigen. Die von Trump gerade gewährte Atempause von 90 Tagen sollte von der EU genutzt werden, den USA Angebote für Zolldeals zu unterbreiten. Mit der Macht des Binnenmarktes von 450 Millionen Verbrauchern im Rücken und geschickt gesetzten Nadelstichen durch die Gegenmaßnahmen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man sich einig wird. Ein Deal mit möglichst geringen Zollsätzen wäre im Interesse aller, der Amerikaner und der Europäer. *Markus Grabitz*

Der Autor ist Redakteur bei Europe.Table.

## Keine Verhandlung ohne Hebel

### CONTRA



Hannes Koch © Privat

Erste Gegenzölle auf US-Importe hat die Europäische Union nun beschlossen. Sie sind eine Antwort auf die Zölle, mit denen US-Präsident Donald Trump Einfuhren von Stahl und Aluminium aus der EU in die USA belegen lässt. Allerdings erfolgt die europäische Reaktion mit Augenmaß: Die Abgaben treten wohl nach und nach in Kraft, der wirtschaftliche Schaden für US-Firmen hält sich zunächst in Grenzen. Doch die EU demonstriert damit, dass sie sich wehren kann und will. Sie weiß um ihre Stärke. Sie droht, die andere Seite zu schädigen, unterbreitet aber gleichzeitig ein Angebot zur Güte, das in der Bereitschaft zu Verhandlungen und eventuellen Rücknahme der eigenen Zolldrohung besteht. Diese Taktik ist auch deshalb klug, weil sich, im Gegensatz zu einer Eskalation, die negativen Auswirkungen für europäische Unternehmen wohl zunächst in Grenzen halten lassen. Wichtig ist, dass trotzdem der Hebel angesetzt wird, denn ohne Hebel nützen Verhandlungen nichts. Einseitige Deals, von denen nur die USA profitieren, sind zu vermeiden, ausgewogene Vereinbarungen mit Pluspunkten für beide Seiten dagegen wünschenswert. Vielleicht lässt sich auf diese Art eine beiderseitige Reduzierung der neuen Handelsabgaben erreichen. Auch das EU-Angebot eines größeren Null-Zoll-Abkommens liegt auf dem Tisch.

Schließlich kann man Trumps Wunsch entgegenkommen, mehr Flüssiggas in den USA zu kaufen, um das amerikanische Defizit im Warenhandel mit Europa zu verringern. Gas von Trump ist besser als Gas von Putin. Sollte der US-Präsident aber weiter „No“ sagen, gar mit zusätzlichen Zöllen reagieren, müssen die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten den Druck erhöhen. Weitere Einfuhrabgaben für US-Produkte wären gerechtfertigt, auch Steuern auf digitale Dienstleistungen. Parallel sind Hausaufgaben zu erledigen: Hürden im europäischen Binnenmarkt abbauen und den Austausch mit Handelspartnern wie Indien, Südamerika, Kanada ausweiten. *Hannes Koch*

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

**DAS PARLAMENT**

Herausgeber: Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Leserservice/Abonnement:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

**Anschrift der Redaktion** (außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

**Internet:** <http://www.das-parlament.de>  
**E-Mail:** [redaktion@das-parlament.de](mailto:redaktion@das-parlament.de)

**Chefredakteur:** N.N.

**Stellvertretender Chefredakteur:**  
Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

**Redaktion:** Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) CvD, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

**Fotos:** Stephan Roters

**Redaktionsschluss:** 11. April 2025

**Layout:** DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

**Druck:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

**Abonnement:**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

**GOGREEN PLUS**

Wir vermeiden CO<sub>2</sub>, durch den Versand mit der Deutschen Post

### LESERPOST

Zur Ausgabe 14-15 vom 29.3.2025, „Spannungen vor Ostern“ auf Seite 3:  
Krise internationaler Weltordnung, Klimakrise, Demokratiekrise, Wirtschaftskrise und weitere Krisen bestimmen öffentliche Debatten. Konstruktive Vorschläge zur Bearbeitung dieser Polykrise sind in den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen zu entwickeln, um die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik gegen Angriffe von innen und außen zu schützen. Dazu bedarf es einer auf sozialen und ökologischen Fortschritt ausgerichteten Innen- und Außenpolitik. Diese hat sich durch die reflektierte Austeriarung der Werte Freiheit,

Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung auszuzeichnen. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die sich für die Verteidigung der Demokratie gegen rechts, für Humanität und für Umweltschutz einsetzen, zu diskreditieren und das Informationsfreiheitsgesetz, durch das politische Missstände aufgedeckt werden konnten, zu schleifen ist definitiv der falsche politische Weg. Menschenfeindliche Narrative, die Schutzsuchenden und Bürgergeldempfänger:innen die Schuld an der Polykrise zuschreiben, dürfen von Parteien nicht vertreten und propagiert werden.

Marcel Remme, Tübingen

Zur Ausgabe 13 vom 22.3.2025, „Kopf der Woche, Optimal und digital“ auf Seite 1:  
Julia Klöckner ist eine würdige Nachfolgerin von Bärbel Bas im zweithöchsten Amt der Bundesrepublik. Klöckners ambitionierte Ankündigung zur Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages, die Digitalisierung zu optimieren und voranzubringen, ist auch aus meiner Sicht eine essenzielle Maßnahme. Wolfgang Schäuble, ihr Vorgänger im Amt, von der CDU, würde verschmitzt sagen: „Isch nisch over!“ Ich sage: „Einfach mal machen!“

Ursula Reichert, Hanau

### SEITENBLICKE



### AUFGEKEHRT

## Großeinkauf mit gutem Gewissen

Wer einkaufen geht, kennt das Problem: Wir greifen viel schneller zu, als wir denken und rechnen können – und schwups ist der Wagen schon wieder voll. Zwischendurch kreisen die Gedanken schuldlos um die fällige Rechnung. Verträge sich der plötzliche Großeinkauf mit dem Kontostand? An schlechten Tagen siegt der überhebliche Herr Bedenkenträger, der uns darüber belehrt, dass wir wieder schwer im Dispo stehen, obwohl der Monat noch nicht mal zur Hälfte abgerissen ist. Dann greift die familiäre Schuldenbremse, die teure Ente fliegt zurück ins Kühlregal, Nudeln füllen schließlich auch den Magen. An guten Tagen setzt sich Frau Zuversicht durch mit dem Hinweis auf die langfristigen Vorteile des Sondervermögens bei der örtlichen Sparkasse, trotz der horrenden Dispo-Zinsen: Hochwertige Lebensmittel sind eben teurer als die geschmacksneutrale Billo-Packung mit Fertigfutter, die wir letzte Woche schon hatten. Wir leben damit gesünder und länger, das rechnet sich am Ende. Die Ente bleibt. Der kluge Bürger hat die neue Groko, die von Kritikern verächtlich Schuko (Schuldenkoalition) genannt wird, schon verstanden, bevor sie überhaupt im Amt ist! Die Einkäufe der neuen Koalition werden besonders beherzt ausfallen, schließlich sind die Euronen gerade im Überfluss vorhanden, quasi Gehaltserhöhung und Lottogewinn gleichzeitig. Als neue Fachlektüre werden im Haushaltsausschuss Dagobert-Duck-Hefte verteilt mit Anleitung zum „Baden im Geld“. Der Chefverkäufer bei ThyssenKrupp hat sich im örtlichen Dorfladen schon mal Anregungen geholt und fragt nun: „Darf es ein U-Boot mehr sein?“ Die klammen Kommunen legen jetzt jede Rechnung in der Hauptstadt vor und skandieren fröhlich: „Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin.“ Liebe Mitbürger: Es ist ernst, nehmen Sie es auch ernst. *Claus Peter Kosfeld*

## ORTSTERMIN: PLANUNG DES NEUEN FORSCHUNGS-EISBRECHERS

## Ein Schiff der Superlative

Das neue Forschungsschiff »Polarstern II« soll ab 2030 zwischen Arktis und Antarktis pendeln. Für Forscher ist sie ein Zuhause auf Zeit

**E**in Hauch von Seeluft liegt über Bremerhaven an diesem klaren Frühlingmorgen. Vom Büro des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) reicht der Blick bis zur Weser. Noch ist die „Polarstern II“ in der Planung. Doch ab 2030 soll sie dort festmachen: ein Forschungsschiff der Superlative, geschaffen für die Extreme des Eises. Ein schwimmendes Labor und ein Zuhause auf Zeit für bis zu 120 Menschen.

Derzeit ist ihre Vorgängerin im Einsatz – und das bereits seit 1982. In mehr als vier Jahrzehnten hat die „Polarstern“ über zwei Millionen Seemeilen zurückgelegt, was nahezu 90 Erdumrundungen entspricht. „Die Polarstern pendelt regelmäßig zwischen Arktis und Antarktis“, sagt Detlef Wilde, Projektdirektor am Alfred-Wegener-Institut und verantwortlich für den Neubau.

Und genau das soll auch in Zukunft so bleiben. Wenn die neue „Polarstern“ voraussichtlich im Jahr 2030 ihren Dienst aufnimmt, wird ihre Vorgängerin fast 50 Jahre alt sein – ein bemerkenswertes Alter für ein Schiff, das über Jahrzehnte durch das Packeis manövriert wurde. „Das ist wirklich beachtlich, vor allem wenn man bedenkt, dass viele Containerschiffe nur für eine Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren gebaut werden“, sagt Projektleiter Wilde.

Die „Polarstern II“ wird als moderner Forschungseisbrecher konzipiert, der ganzjährig in den eisigen Gewässern der Arktis und Antarktis unterwegs sein soll. Das neue Schiff soll einmal die Anforderungen der Polarklasse 2 erfüllen. Das bedeutet, es kann selbst durch dichte, mehrjährige Meereisdecken sicher manövrieren. Auch hinsichtlich der Nachhaltigkeit soll die „Polarstern II“ Maßstäbe setzen. So werde daran gearbeitet, den Antrieb nicht nur mit Diesel, sondern auch mit grünem Methanol zu ermöglichen. Für Projektleiter Wilde ein bedeutender Fortschritt: „Das reduziert die Emissionen und ist ein klares Zei-

Das deutsche Forschungsschiff „Polarstern“ ist seit 1982 im Einsatz. Ab 2030 soll es durch einen neuen Forschungs-Eisbrecher ersetzt werden.

© Alfred-Wegener-Institut/ Stefanie Arndt, CC-BY 4.0



chen für eine umweltbewusste Polarforschung.“ Eine weitere Innovation an Bord wird der sogenannte Moonpool – ein senkrechter Schacht, der durch den Rumpf des Schiffs verläuft. Durch ihn können Messinstrumente und Unterwasserroboter selbst dann ins Meer gelassen werden, wenn das Schiff komplett von Eis eingeschlossen ist. „So lassen sich hochsensible Geräte geschützt vor Wind und Wetter einsetzen“, erklärt der Meeresphysiker Christian Katlein. Er forscht seit über einem Jahrzehnt in den Polarregionen und ist maßgeblich an der Planung des Neubaus beteiligt.

Wie schon ihre Vorgängerin soll auch die „Polarstern II“ nicht nur als Forschungsplattform, sondern auch für logistische Aufgaben eingesetzt werden. In regelmä-

ßigen Abständen soll sie die deutsche Antarktisstation „Neumayer III“ versorgen – unter anderem mit Lebensmitteln, medizinischer Ausrüstung und technischen Komponenten, etwa für den Ausbau nachhaltiger Energieversorgung wie Windkraftanlagen.

Doch was macht ein Schiff wie die „Polarstern II“ nicht nur zu einem Eisbrecher, sondern auch zu einer vollwertigen Forschungsstation? An Bord sind modern ausgestattete Labore, eine Krankenstation, Besprechungsräume und sogar eine kleine Bibliothek geplant. Für den Ausgleich in der Freizeit sollen der Besatzung ein Fitnessraum und ein kleines Schwimmbaden zur Verfügung stehen. Was zunächst nach Komfort klingen mag, ist in Wahrheit funktionale Not-

wendigkeit – denn auf monatelangen Expeditionen unter extremen Bedingungen sind körperliche und mentale Ausgeglichenheit entscheidend.

Die Erwartungen an das neue Forschungsschiff sind groß, doch auch auf der alten „Polarstern“ ist das Leben an Bord über die Jahre komfortabler geworden. Der Wissenschaftler Katlein erinnert sich an seine erste Expedition im Jahr 2011: Damals war lediglich eine E-Mail pro Tag mit maximal zehn Kilobyte erlaubt. „Ein Foto nach Hause zu schicken war undenkbar. Manchmal musste man sogar den letzten Teil der Nachricht löschen, damit sie verschickt werden konnte“, erzählt er.

Heute ist die digitale Infrastruktur deutlich besser: Stabiles WLAN ermöglicht

nicht nur E-Mails, sondern auch Telefonate nach Hause – etwas, das vor zehn Jahren kaum denkbar war. „Damals kostete ein Anruf mit dem Satellitentelefon zwei bis drei Euro pro Minute“, sagt Katlein. Wenn er von der „Polarstern“ spricht, ist ihm die Begeisterung anzumerken. Für ihn ist es „eine wunderbare Erfahrung, mit dem Schiff in den Polarregionen unterwegs zu sein und zu forschen.“

Und auch außerhalb der Wissenschaft weckt die „Polarstern“ Begeisterung: Als das Schiff zuletzt in Bremerhaven einen Tag lang für Besucher geöffnet wurde, kamen mehr als 20.000 Menschen. Der enorme Andrang zeigt: Auch das öffentliche Interesse an der Polarforschung ist ungebrochen.

Carolin Hasse

## VOR 40 JAHREN

## Holocaust-Leugnung als Beleidigung eingestuft

**25.4.1985: „Auschwitz-Lüge“ wird strafbar** Selten wurde die Frage, wie weit die Grenzen der Meinungsfreiheit gehen, wo sie aufhören und strafrechtlich relevantes Verhalten beginnt, in Deutschland so kontrovers und emotional diskutiert wie heute. Insbesondere soziale Netzwerke haben dem Thema eine neue Qualität verliehen. Doch schon bevor es das Internet gab, wurde über die Frage gestritten, was legitime Meinung ist und was wie bestraft werden soll: Mitte der 1980er Jahre wurde darüber debattiert, wie man in der Bundesrepublik mit der sogenannten „Auschwitz-Lüge“ umgehen solle.

Immer wieder erschienen Publikationen, die die Existenz von Judenverfolgung und Gaskammern abstritten. Am 25. April 1985 beschloss der Bundestag eine Verschärfung des Strafrechts. War bislang ein Strafantrag – beispielsweise eines Holocaust-Überlebenden – notwendig gewesen, wurde das Leugnen des Judenmordes während der NS-Herrschaft fortan von Amts wegen von Staatsanwaltschaften wegen Beleidigung verfolgt. Durch das Gesetz konnte aber auch das Abstreiten von Verbrechen anderer Gewalt- und Willkürherrschaften geahndet werden.

Unter anderem deshalb gab es Kritik an dem Gesetz. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, kritisierte diese juristische Gleichstellung, der letztlich eine „ungeheuerliche Aufrechnungstheorie“ zugrunde liege. Außerdem sei die Ahndung des Leugnens und der Verharmlosung des Nazi-Terrors als eine Beleidigung nicht zu akzeptieren, weil diese nach dem Strafrecht eine der geringfügigsten Straftaten darstellt. Dies werde den NS-Verbrechen in keiner Weise gerecht.

Die SPD forderte, das Leugnen der Naziverbrechen als einen eigenen Straftatbestand einzuführen. Für einen entsprechenden Entwurf stimmte neben den Sozialdemokraten die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher und wick damit von der Linie ihrer Partei ab: Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) betonte in der Debatte etwa, dass „die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft ausdrücklich hervorgehoben und im Gesetzestext niedergelegt“ worden sei. Weiter wollten Union und FDP nicht gehen.

„Wir wissen, dass in einer Demokratie Radikale von rechts und links ertragen werden müssen“, sagte die CDU-Abgeordnete Renate Hellwig. „Jede freiheitliche Demokratie steht und fällt mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit“ und im „offenen politischen Meinungskampf müssen Unwahrheiten – auch mit dem Pseudoanspruch der Wahrheit – ertragen werden können.“



Die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher stimmte gegen ihre Partei für einen Antrag der SPD, der das Leugnen von NS-Verbrechen unter Strafe stellen sollte.

© picture alliance / Sueddeutsche Zeitung Photo | Heddergott, Andreas

Noch kompromissloser hatte sich im Vorfeld der Debatte Unionsfraktionsvorsitzende Theo Waigel (CSU) geäußert. Wer heute noch so verrückt sei, den Nazi-Völkermord an Juden zu leugnen, sei im Prinzip ein Fall fürs Irrenhaus, aber nicht für den Staatsanwalt, zitierte ihn der „Spiegel“. Schließlich gehöre es „zum Wesen unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie, straflos Unsinniges, Falsches und Törichtes behaupten zu können“.

1994 wurde das Gesetz dennoch verschärft. Die „Auschwitz-Lüge“ erfüllte nun den Straftatbestand der Volksverhetzung, auf den bis zu fünf Jahre Haft standen. Gleichzeitig stellte das Bundesverfassungsgericht fest, wer den Holocaust leugnet, äußere nicht seine Meinung, sondern stelle eine falsche Tatsache auf.

Benjamin Stahl

## AUSBLICK ...

## So geht es weiter

CDU, CSU und SPD haben sich am vergangenen Mittwoch auf einen Koalitionsvertrag für eine schwarz-rote Regierung geeinigt. Bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung sind aber noch weitere Schritte nötig. Bei der CDU muss der Bundesausschuss der Partei dem Koalitionsvertrag zustimmen. Geplanter Termin ist laut CDU-Chef Friedrich Merz der 28. April. Bei der SPD stimmen die Parteimitglieder über den Koalitionsvertrag ab. Die personelle Besetzung der Ressorts war noch nicht Teil der Einigung über den Koalitionsvertrag. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder sagte am Donnerstag, dass die Ministerinnen und Minister möglicherweise sogar erst nach der Kanzlerwahl bekannt gegeben werden könnten. CDU-Chef Merz betonte am Mittwoch, dass diese Wahl in der Woche nach der Bekanntgabe des SPD-Mitgliederentscheids stattfinden könnte – dies wäre die Woche ab dem 5. Mai.

Am 8. Mai jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal. Aus diesem Anlass findet im Bundestag ein Gedenktag statt.



© DBT / Thomas Köhler / photothek

## ANREGUNGEN, FRAGEN, KRITIK

## Ihr Standpunkt ist gefragt – Schreiben Sie uns!

Haben Sie Gedanken zu aktuellen Themen oder möchten Sie Ihre Perspektive teilen? Dann schicken Sie uns Ihren Leserbrief! Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail an: [redaktion@das-parlament.de](mailto:redaktion@das-parlament.de)  
Oder per Post an: Das Parlament,  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

leicht  
erklärt!

# Was gibt es in Grön-Land?

Ein besonderes Land im Norden



## Worum geht es?

Ganz im Norden auf der Welt gibt es ein besonderes Land mit diesem Namen: Grön-Land.



Dort gibt es viel Eis und Schnee.

Aber dort leben auch Menschen.

Und es gibt wertvolle Dinge unter dem Eis und der Erde.

Im Text beantworten wir diese Fragen:

- Wo liegt Grön-Land?
- Wem gehört Grön-Land?
- Wer lebt dort?

- Wie ist die Landschaft dort?
- Was gibt es dort für wertvolle Sachen?
- Warum will die USA Grön-Land haben?

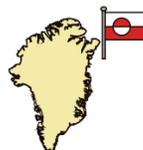
## Wo liegt Grön-Land?

Grön-Land ist eine sehr große Insel.

Wenn man den Kontinent Australien nicht mitzählt, dann ist Grön-Land sogar das: die größte Insel der Welt.

Sie liegt ganz im Norden auf der Welt.

Das ist ganz oben auf der Welt-Kugel.



Sie liegt zwischen zwei großen Meeren.

Die heißen so:

Arktischer Ozean und Atlantik.



Die Gegend, in der Grön-Land liegt, heißt nämlich so:

Arktis.

### Was ist die Arktis?

Die Arktis ist die Gegend rund um den Nord-Pol.

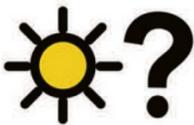
So heißt das obere Ende von der Welt-Kugel.

Dort ist es das ganze Jahr sehr kalt.

Es gibt viel Eis und Schnee.

Im Winter ist es dort fast immer dunkel.

Dafür ist es im Sommer dort fast immer hell.



In der Arktis wohnen nur sehr wenige Menschen.

Das ist der Grund:

Es ist wirklich sehr kalt dort.

Die Arktis liegt zwischen diesen beiden großen Ländern:

USA und Russland.

Beiden Ländern gehören Teile der Arktis.

Grön-Land gehört aber keinem von beiden.

Auch ganz im Süden gibt es eine Gegend, die so kalt ist.

Also ganz unten auf der Welt-Kugel.

Der Name von der Gegend ist so:

Ant-Arktis.

### Wem gehört Grön-Land?



Grön-Land gehört zu Dänemark.

Dänemark liegt im Norden von Deutschland.

Grön-Land hat aber eine eigene Regierung.

Und es gibt ein eigenes Parlament, in dem Politiker arbeiten.

Viele Sachen kann Grön-Land selbst entscheiden.

Zum Beispiel zu diesen Themen:

Schule und Gesundheit.

### Wer lebt in Grön-Land?

In Grön-Land leben etwa 56.000 Menschen.

Die meisten Grön-Länder nennt man so: Inuit.

Das spricht man so: I-nu-it.

Früher nannte man die Inuit auch so: Eskimos.

Das Wort sagt man heute aber nicht mehr.

Das ist der Grund:

Viele Inuit fühlen sich davon beleidigt.

Außerdem leben dort auch Menschen aus Dänemark.

Und manche aus anderen Ländern.

Die Inuit waren die ersten Menschen auf Grön-Land.

Sie wissen sehr viel über die Natur.

Und sie essen viel, was sie selbst gejagt oder geangelt haben.

Die Kultur von den Inuit ist ganz besonders.

Sie haben viele Sachen, die es nur dort gibt.

Zum Beispiel:

- eine eigene Sprache
- Geschichten
- Lieder
- Tänze
- Feste



### Wie ist die Landschaft in Grön-Land?

Ganz viel von Grön-Land ist mit Eis zugedeckt.

Das Eis ist schon sehr lange dort.

Und es bewegt sich langsam.

Das Fach-Wort für dieses Eis ist so: Gletscher.

In Grön-Land gibt es auch hohe Berge.

Im Sommer gibt es auch grüne Wiesen und Blumen.

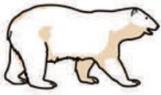
Viele Tiere können in einer so kalten Gegend nicht leben.

Trotzdem gibt es in Grön-Land einige Tiere.



Zum Beispiel:

- Robben
- Vögel
- Eis-Bären
- Ren-Tiere (wie die vom Weihnachts-Mann)
- Im Meer gibt es Wale.



## Warum will die USA Grön-Land haben?

Das Land USA hat Dänemark gefragt:  
Können wir Grön-Land haben?



Dänemark hat dazu Nein gesagt.

Trotzdem möchte die USA Grön-Land immer noch haben.

Das sind die Gründe dafür:

### 1. Grön-Lands Lage

Grön-Land liegt zwischen den USA und Russland.

Russland und die USA hatten schon oft Streit.

Beide wollen wichtiger sein als das andere Land.

Und beide machen das:

Dem anderen Land zeigen, dass man viele Waffen und Soldaten hat.

Das ist das Ziel davon:

Verhindern, dass das andere Land das eigene Land angreift.



Weil Grön-Land so nah an Russland ist, will die USA das:  
dort mehr Soldaten hinschicken.

Das ist der Grund dafür:

Russland soll mehr Angst vor der USA haben.

### 2. Grön-Lands Roh-Stoffe

In Grön-Land gibt es viele wertvolle Roh-Stoffe.

Weil die meistens unter der Erde und sehr wertvoll sind, nennt man die auch so:  
Boden-Schätze.

Zum Beispiel gibt es in Grön-Land das:

- Erd-Öl
- besondere Steine
- besonderes Metall

Aus den Steinen und Metallen kann man wichtige Sachen bauen.

Vieles davon wird für Technik benutzt.

Zum Beispiel für Batterien.



Aus Erd-Öl kann man zum Beispiel diese Sachen machen:

- Benzin
- Plastik

Die USA will die Roh-Stoffe in Grön-Land gerne abbauen.

Das ist der Grund dafür:

Dann muss die USA die Roh-Stoffe nicht mehr von anderen Ländern kaufen.

Und die USA kann auch das machen:  
Die Roh-Stoffe verkaufen, die das Land selbst nicht braucht.

### Was ist heute mit den Roh-Stoffen?

Viele Roh-Stoffe in Grön-Land sind tief unter Eis und Erde begraben.

Deshalb baut niemand sie ab.

Das ist der Grund dafür:

Es ist viel zu teuer, an die Roh-Stoffe zu kommen.



Das kann sich aber ändern.

Dafür gibt es vor allem 2 Gründe:

#### 1. Immer mehr Eis schmilzt

Auf der Welt wird es immer wärmer.

Das Fach-Wort dafür ist so:

- Klima-Wandel.

Deshalb geht überall auf der Welt immer mehr Eis weg.

Auch in Grön-Land.

Deshalb wird es dort leichter, an die Roh-Stoffe zu kommen.



## 2. Roh-Stoffe werden weniger

Manche der Roh-Stoffe sind auf der Welt sehr selten.

Und wo sie abgebaut werden, kann das passieren:

Irgendwann gibt es dort keine Roh-Stoffe mehr.

Dann müssen sie wo anders herkommen.

Wenn es wo anders nicht mehr genug Roh-Stoffe gibt, kann also das passieren:

Es ist nicht mehr zu teuer, Roh-Stoffe in Grön-Land abzubauen.

Und es ist billiger für ein Land, wenn es das macht:

selbst Roh-Stoffe aus der Erde holen.

Und nicht die Roh-Stoffe von anderen Ländern kaufen.



## Was sind die Meinungen zu der Idee von der USA?

Dänemark hat schon gesagt:

Die USA bekommt Grön-Land nicht von uns.

Und die meisten Menschen in Grön-Land finden die Idee auch nicht gut.

Viele sagen jetzt schon:

Wir wollen nicht zu Dänemark gehören.

Das ist der Grund dafür:

Sie sind stolz auf ihr Land und ihre Kultur.

Und zu den USA wollen sie auch nicht gehören.

Das sind die Gründe dafür:

- Die meisten Grön-Länder wollen, dass ihre Kultur respektiert wird.
- Viele Grön-Länder wollen nicht, dass für Roh-Stoffe die schöne Natur kaputt gemacht wird.
- Außerdem will Grön-Land nicht so viele Soldaten von den USA im Land haben.



## Kurz zusammengefasst

Ganz oben auf der Welt-Kugel gibt es ein besonderes Land.

Der Name ist Grön-Land.

Das ist eine sehr große Insel ganz im Norden.

Dort gibt es viel Schnee und Eis.

Es gibt aber auch viele Tiere.

Zum Beispiel Eis-Bären und Ren-Tiere.

Es leben aber auch Menschen dort.

Die meisten Einwohner von Grön-Land nennt man so:

Inuit.

Sie haben eine ganz besondere Kultur.

Sogar eine eigene Sprache.

Grön-Land gehört zum Land Dänemark.

Doch das Land hat eine eigene Regierung.

Viele Dinge können die Menschen in Grön-Land selbst entscheiden.

Jetzt hat aber die USA gesagt:

Wir wollen Grön-Land haben.

Das sind die Gründe dafür:

- In Grön-Land gibt es wertvolle Roh-Stoffe.
- Die USA will mehr Soldaten nach Grön-Land schicken.

Denn Grön-Land liegt zwischen den USA und Russland.

Und die beiden Länder haben oft Streit.

Dänemark hat aber schon gesagt:

Die USA darf Grön-Land nicht haben.

Und auch die meisten Menschen in Grön-Land wollen das nicht.



## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Alexander Gies, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance/dpa/imageBROKER (Titel); picture alliance/dpa/Design Pics (Seite 2). Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukve.nl](http://www.ukpukve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 16-19/2025

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 10. Mai 2025.